

Aber die französisch-englische Verständigung hat augenscheinlich nicht nur die negative Aufgabe der Nichtmischung, sondern auch positive Ziele. Es scheint nämlich vorzuziehen zu sein, die vorderasiatischen Mandatsgebiete: Irak, Syrien, Palästina und Transjordanien einer gemeinsamen Verwaltung zu unterstellen oder wenigstens dort ein enges Zusammengehen zu schaffen. Diese englisch-französische Solidarität soll nicht nur durch diplomatische, sondern auch durch militärische Maßnahmen verwirklicht werden. Nachdem nun die zukünftige Zusammenarbeit durch das Londoner Abkommen gesichert war, erklärte auch die französische Regierung wiederholt und ausdrücklich, und zwar nicht nur den Syrern, sondern auch den französischen Vorkriegsgegnern, die die Räumung Syriens verlangten, daß Frankreich durchaus nicht daran denke, auf seine syrischen Gebiete zu verzichten. De Jouvenels feste Haltung gegenüber den Führern der syrischen Freiheitsorganisationen in Kairo, wo er sich auf seiner Reise nach Syrien aufhielt, hat ihren Grund in dem eben getroffenen Abkommen.

Dem Londoner Vertrag wird aber noch eine viel größere Tragweite beigemessen. Es wird z. B. davon gesprochen, daß das Londoner Abkommen auch eine engere Zusammenarbeit mit den Balkanstaaten vorsehe und damit sich auch die Aufgabe gestellt habe, eine gemeinsame Front gegen die Türkei und Moskau herzustellen. Was nun die Türkei, oder, richtiger gesagt, die Mosulfrage betrifft, bildet sie zweifellos den zweiten Eckstein des Londoner Vertrages. Durch seine „Zusammenarbeit“ in Syrien hat eben England die Unterstützung Frankreichs in der bevorstehenden Lösung des Mosulproblems erkauft. Bekanntlich lautet der Beschluß des Haager Gerichtshofes dahin, daß der zu fallende Entscheid des Völkerbundesrates einstimmig sein soll, um auch obligatorisch sein zu können. Hier hat also England die allseitige Unterstützung Frankreichs am notwendigsten.

In dieser Hinsicht sind auch die neuesten Ausführungen der französischen Presse namentlich bezüglich der Mosulfrage sehr bezeichnend. Symptomatisch sind ganz besonders die Äußerungen des „Temps“ (23. November 1923), der bekanntlich immer türkenfreundlich gewesen ist. Es heißt dort: „Sollte die Türkei den Völkerbundsbescheid ablehnen, so gibt es einen Konflikt, der angesichts der bekannten Vorbereitungen der Türkei schwer sein würde. . . . Man kennt den Einfluß Moskaus, der den Widerstand der Türkei stärkt. England hat sicherlich keine Neigung, sich in einen Kriegskonflikt einzulassen, kann aber dazu gezwungen sein, wenn sein Prestige auf dem Spiele steht. . . . Es wäre sehr gefährlich, den Türken, die durch ihre leichten diplomatischen Siege, die durch die Uneinigkeit der Mächte möglich wurden, beraubt sind, die Möglichkeit zu geben, ihre Kraft zu zeigen, denn die Wirkung würde sich gegen den europäischen Einfluß wenden und in allen mohammedanischen Ländern fühlbar sein.“

Zusammenfassend ist die Wendung der französisch-englischen Orientpolitik eine Tatsache. Die alliierte Presse will auch davon Kenntnis haben, daß die Grundzüge des Londoner Abkommens schon in Locarno besprochen sein sollen. Man spricht auch von einem „Locarnogeist“ der Orientpolitik der Alliierten. Daß aber diese letztere sich keine andere Aufgabe, als ein gemeinsames Vorgehen gegen die Syrer und die anderen arabischen Völker gestellt hat, liegt außer jedem Zweifel. Der alte Imperialismus ist es eben, der in dieser „neuen Politik“ die Völker und die Länder des Orients zum Objekt der Unterdrückung und der Ausbeutung macht. Darin sind sowohl die alliierten als auch die femalistisch-bolschewistischen Imperialisten einander völlig gleich. Denn weder haben die ersteren in Syrien oder im Irak, noch die anderen im Mosulgebiet von Rechts wegen etwas zu suchen.

In Koblenz haben am Dienstag früh die Verhandlungen der Vertreter der deutschen Regierung mit der Rheinlandkommission über die weitere Amnestierung im besetzten Gebiet begonnen. Die Rückkehr des neuen Reichskommissars aus Madrid wird am Montag erwartet.

Landtagsbeschlüsse und keine Folgen.

Dr. Thiele noch immer Gerichtsfachverständiger!

Aus Verhandlungsberichten über das Verfahren gegen den Justizobersekretär Hufier und Genossen konnte man entnehmen, daß der Medizinalrat Dr. Thiele bei dieser Gelegenheit zum erstenmal wieder im Gerichtssaal als Sachverständiger fungierte. Diese Nachricht muß um so stärkeres Bestreben erwecken, als bereits im Mai mitgeteilt wurde, daß gegen Dr. Thiele ein Disziplinarverfahren eröffnet worden sei. Der Untersuchungsbeschluß des Preussischen Landtags in Sachen Hufier hat bekanntlich seitdem in seinen Beschlüssen über die Tätigkeit des ehemaligen Roabit Lazarettsarztes Feststellungen getroffen, die diesen Mann im Staatsdienst einfach unmöglich machen. Das Plenum des Landtages hat sich diese Beschlüsse zu eigen gemacht.

Bisher hat man weder über das Ergebnis des Disziplinarverfahrens noch über sonstige Maßnahmen der zuständigen Behörden auf Grund der Landtagsbeschlüsse etwas gehört. Dagegen taucht nun der Name Dr. Thieles plötzlich wieder auf, indem der schwer bloßgestellte Gerichtsarzt abermals als Sachverständiger Gutachten abgibt. Das klingt geradezu wie eine Verhöhnung des preussischen Parlaments.

Unter diesen Umständen muß die Frage aufgeworfen werden, was denn überhaupt auf Grund der Landtagsbeschlüsse gegen die sonstigen durch die Hofle-Untersuchung schwer kompromittierten Persönlichkeiten geschehen ist. Was hat das Justizministerium gegen die Herren Binde, Peiser und Duden von der Staatsanwaltschaft I veranlaßt? Ist irgendetwas gegenüber dem Medizinalrat Dr. Störmer geschehen, gegen den sich die Feststellungen des Ausschusses ebenfalls, wenn auch in milderer Form, als gegen Dr. Thiele, richteten? Das einzige, was auf diesem Gebiet geschehen zu sein scheint, ist ein Wechsel in der Leitung der Straf-Anstalt von Roabit, da kürzlich, dem Amtlichen Preussischen Pressedienst zufolge ein neuer Oberstrafanstaltsdirektor an Stelle des kompromittierten Herrn Bullig ernannt wurde. Jedenfalls erscheint nach dem Wiederauftreten Dr. Thieles im Gerichtssaal eine amtliche Beantwortung der hier aufgeworfenen Fragen dringend geboten.

„Schluß mit der SPD.“

Prof. Nelsons Kriegsruf von Göttingen bis Shanghai.

Man hat der Nelson-Bund, nachdem ihm der Parteivorstand das Handwerk in der Partei gelegt hat, sich eine Kamone gekauft und sich selbständig gemacht. Unter dem Namen „Internationaler Sozialistischer Kampfbund“ hat er sich als Partei etabliert und einen Aufruf erlassen, der in dem Schrei gipfelt: „Schluß mit der SPD.“

Die Demokratie wird programmatisch als „das Geschäftsgeheimnis“ aufgedeckt, auf das sich die Bonzenherrschaft in der Partei ebenso gründet wie die Herrschaft der Bourgeoisie in der bürgerlichen Republik, als die „Narrenbühne, auf der der listigste oder läuslichste Schwächer dem rechtliebenden und nur auf seine gute Sache bauenden Charakter den Rang abläuft“.

„Wer heute noch bei der SPD bleibt, wo die Unmöglichkeit der Erneuerung der Partei durch die Erfahrung bewiesen ist, der ist mit verantwortlich für die verräterische Politik dieser Partei. Der billigt es, daß in Warschau nichts Ernstliches gegen den Krieg unternommen wurde, der billigt es, daß die SPD den bürgerlichen Friedensschwindel von Locarno mitmacht, der billigt es“ usw. usw.

Als sozialgen Verantwortliche dieses Aufrufs zeichnen: August Bolte, Hannover, Will Elsher, Göttingen, Zelo Torboff, Bulgarien und Siluan Wei, Shanghai.

Was wir Herrn Siluan Wei getan haben, daß er durchaus mit uns Schluß machen will, wissen wir nicht.

Man scheint uns nur zu sein, daß es sich um eine ziemlich närrische Angelegenheit handelt. Die wenigen Sozialisten, die bisher glaubten, den Nelson-Bund ernst nehmen zu dürfen, werden heute ihren Irrtum bedauern und mit uns zufrieden sein, daß dem Treiben dieser „Erneuerer“ innerhalb der Partei ein Ende bereitet worden ist.

Gegen die Kriegsschuldfrage.

Ein englischer Aufruf.

Während die deutsch-nationale Demagogie den amtlichen deutschen Widerruf der Kriegsschuldfrage, vielmehr seine Wiederholung zur Unzeit immer wieder fordernd, ging die wirkliche Arbeit der wissenschaftlichen Erforschung der Kriegursachen ihren Weg weiter. Das Altentwert des deutschen auswärtigen Amtes über die „große Politik“ der europäischen Kabinette nähert sich seinem Abschluß. In England ist ebenfalls die Veröffentlichung von Vorkriegsaktiven in Angriff genommen; auch in Frankreich geht man an die Vorbereitung der Altentwertungsarbeiten heran. Aus der jahrelangen Arbeit an der Aufhellung der Kriegsschuldfrage hat sich im Auslande mehr und mehr die Ueberzeugung verbreitet, daß die Versailler Kriegsschuldthesen sich nicht aufrechterhalten lassen. Im Vertrauen auf diese Entwicklung außerhalb Deutschlands hat in letzten Jahre die verständige Volksmehrheit in Deutschland auf eigene Rundgebungen verzichtet. Aber diese Zurückhaltung der deutschen Öffentlichkeit hat sich gelohnt. Je weniger in Deutschland geklärt wird, um so lauter erschallen im Ausland die Stimmen, die aus ihrer wissenschaftlichen Ueberzeugung heraus eine Korrektur des im Vertrag von Versailles gesprochenen Urteils fordern.

Soeben veröffentlichte geistige Arbeiter Englands einen Aufruf über die Revision der Kriegsschuldurteile von Versailles. Sie schließen sich dem Vorgehen der französischen Intellektuellen an:

„Tief bewegt durch das von über hundert hervorragenden französischen Männern und Frauen unterzeichnete und in der „Coe Revue“ vom 9. Juli 1923 veröffentlichte Manifest, erklären wir, die unterzeichneten britischen Intellektuellen, uns in herzlicher Uebereinstimmung mit dem, wofür es eintritt, nämlich daß der Vertrag von Versailles in zwei Punkten abgeändert werden muß.“

Diese Punkte beziehen sich auf Artikel 231, der den Ursprung des Krieges einfach „auf den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten“ zurückführt, und Artikel 227-230, die sich gegen Vergehen gegen internationale Moralität und Heiligkeit von Verträgen richten. Die Verletzung der Gesetze und Bräuche des Krieges“ richten.

Wir sind der Ansicht, daß diese Artikel mit Gewalt einer geschlagenen Nation unter den furchtbaren Drohungen auferlegt wurden. Die Geisteserfassung, die die alliierten und assoziierten Mächte damit zum Ausdruck brachten, ist jetzt zum größten Teil verschwunden. Wir sind der Ansicht, daß die Artikel offensichtlich ungerecht sind und ein ernstes Hindernis für internationales Einverständnis bilden. Daher fordern wir die Regierung dringend auf, entweder diese Artikel ohne weiteren Verzug abzuändern oder, wenn sich eine Abänderung des Vertrages als ein zu langwieriges und umständliches Verfahren erweisen sollte, ausdrücklich ihre Absicht zu bekunden, diese Bestimmungen unberücksichtigt zu lassen.“

Unter den zahlreichen Persönlichkeiten, die diese Eingabe unterzeichnet haben, befinden sich Professoren der Universitäten Cambridge, Oxford, Manchester, Birmingham, Wales, Leeds, London und Liverpool, sowie die Schriftsteller Arnold Bennett, Bernard Shaw, Wells, Galsworthy und Margaret Wintringham, ferner der Bischof von Birmingham, Margaret Bonds, Field, Brailsford, Lord Courtney, Lady Gladstone, Gooch, Bischof Goss, Sir Charles Hobhouse, Professor Keynes, der Bischof von Manchester, Professor Gilbert Murray.

Vor wenigen Tagen erst, während der Londoner Konferenz, ist von der englischen Regierung die Kadaverklage dementiert worden. Nun fordern in England führende Köpfe des geistigen Lebens die Dementierung auch der Kriegsschuldfrage.

Gesetzesentwurf über Versteuern. Das Preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat den Entwurf eines Gesetzes über die Versteuern und einen Versteueraussschuß mit Begründung mit der Bitte um beiderseitige gutachtliche Beurteilung zugehen lassen. Ferner wurde dem Staatsrat der Entwurf eines Gesetzes über die Abänderung des Gesetzes betr. die ärztlichen Ehrengerichte überandt.

Der neue französische Botschafter für Washington. Havas bestätigt die Ernennung des Senators Berenget zum französischen Botschafter in Washington. Welchen Posten der bisherige Botschafter Doehner erhält, ist noch unbestimmt.

Das Märchen fährt Untergrund.

Von Erna Böling

Gebrängt voll ist der Wagen der Untergrundbahn. Jeder Fahrgast fühlt in sich einen Expansionsdrang, der, Gedanken in Worte ausgedrückt, sich ungefähr so äußert: „Ich möchte wenigstens auf einem Tische sitzen.“ An jeder Haltestelle das selbe Bild. Drei steigen aus, fünf steigen ein. Keiner findet mehr Schmelzwort, aller Unwille ist zerstampft zu unterdrücktem Jörn. Die Vötelheringe haben es besser, mutmaßt ein jeder.

Pflichtig ertönt fragend ein Stimmchen. In Güte wird ihm Antwort, und dann erzählt eine Mutter. Ein Märchen, vom gequälten Peterchen, dem hämische Menschen viel Böses taten, das selbst aber immer gut blieb und dem es darum auch gut erging. „Im Himmel?“ fragt das Kind. „Nein, schon hinter den auf Erden.“ antwortet die Mutter. Sie erzählt, wie gut es schließlich das Peterchen hatte. Und das Märchen glebt keine Kreuze.

Da ist das junge Ding mit 40 Mark Monatslohn, von dem es 35 Mark der Mutter Kostgeld geben muß. Für die 5 Mark flüchtet sich das Mädchen. Fahrgeld braucht es nicht, da das Geschäft seiner Wohnung nahe ist. Das Mädchen ist geschickt, macht alles selbst, und da es sehr sparsam ist, kann es sich alle vier Monate einen Jeugrest kaufen. Wenn doch nur nicht die ewigen Schuhreparaturen wären! Das Mädchen puht sich so gerne, denn es sieht alle Menschen, die so viel hergeben, machen Karriere. Wenn man Geschmeck hat, verschönt man sich leicht, mit ein paar Metern Band, mit einem Stückchen Spitze. Und in dem großen Geschäft verkauft das kleine Mädchen täglich unendlich viele Restchen. 70 Zentimeter schwere Silberspitze, dünne Goldspitze, gleich einer Filigranarbeit, leuchtenden Chiffonsamt und hauchfeinen Schwan als Befeh für Ballkleider. Täglich sieht es an einem tunderbanten Restelager. Oft kommt ein Verlangen in seinen Sinn und ein fast unwillkürliches Zusammenkrampfen in seine Finger. Aber nein, es will gut bleiben, es will der Mutter keine Schande machen, und gewollt gläubig hört das kleine Mädchen auf die Belohnungsmoral des Märchens.

Auch an das Ohr eines raffgierigen Kaufmanns dringen die Worte des Märchens. Langsam verwandelt sich die Rechenmaschine in einen Menschen. Er findet ein paar Augenblicke Zeit für sich. Die Worte der schlüchternen Frau sind ihm auf einmal mehr wert als das kluge Geplauder wissender Aufsichtsratsmitglieder. Er erinnert sich seiner Kindheit, wo auch seine Gedanken noch traumwandeln durch die Zeit gingen. Dann denkt er an die Mutter. Ach, wie lange ist es her, daß die ihm Märchen erzählte. Da fällt ihm ein, Totenschnitzholz hat ihr Grab mal wieder keinen Kranz bekommen. Zu Weihnachten will er daran denken. Noch heute will er dem alten Joseph, dem abgebauten Hausdiener den Auftrag geben, Weihnachten rauszuführen. Er selbst hat keine Zeit, und der alte Joseph, der macht für 50 Pf., ja gern den weiten Weg.

Neben der erzählenden Mutter sitzt eine Dame von auffällig seittem Körperzustand. Sie träumt von der Weihnachtsans im eigenen Bratofen. Und die Dame schläft fest und tief, weil das Satteln den Schlaf als gesteigerte Verdauungsmöglichkeit gebraucht.

Das Märchen aber schleift seinen übernden Kreis. Viele der enggeprehten Menschen machen einen Separatfrieden mit der unwirklichen Umgebung, sie träumen in sich hinein, denn schließlich fährt ja auch nicht jeden Tag das Märchen Untergrund.

Von der Sabbatrube zum Achtfundentag.

Prof. Reiner Müller gibt in seinen historisch-geographischen Studien zur Gewerbelehre, die er in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ veröffentlicht, einen interessanten Ueberblick über die Arbeitstodauer. Im Altertum hatten die Arbeiter, die meist Sklaven waren, keine begrenzte Arbeitszeit, aber die Ansätze einer Ruhe an bestimmten Tagen zeigen sich früh. So werden schon babylonische Keilschriften, die in jedem Monat der 7., 14., 21. und 28. Tag als unheilbringend und damit für jegliche Arbeit ungeeignet galt. Diese Anschauung wird von den arbeitenden Klassen gewiß nicht als Aberglaube verpöndelt worden sein. Der sogenannten mosaischen Gesetzgebung gebührt das Verdienst, ausgehend von diesen „verbotenen Tagen“ die Sabbatrube an siebenten Tag jeder Woche gesetzlich festgelegt zu haben, und diese Ruhe wurde ausdrücklich nicht nur für die Freien, sondern auch für Sklaven und Fremde bestimmt. Weltbedeutung aber erbringt dieses Ausrufen an einem Wochentag erst durch die Feier der christlichen Sonntage, die mit der Einführung des Christentums unter Kaiser Konstantin durch ein römisches Reichsgesetz vom 7. März 321 für die ganze Christenheit festgelegt wurde. Freilich hat sich diese Bestimmung niemals vollständig durchführen lassen und sie wurde in späteren Zeiten arg vernachlässigt. Es mußte daher der wöchentliche Wochentag in den letzten Jahrzehnten, wenigstens für geschäftliche Betriebe, in fast allen christlichen Staaten von neuem geregelt werden. Erweitert worden ist die Sabbatrube zuerst in England durch die Einführung eines freien Samstagnachmittags, des sogenannten Bank Holiday. In Frankreich wurde diese Einrichtung nachgehakt, und auch bei uns bürgerlich sich allmählich ein. In Nordamerika wurde der Samstagnachmittag zuerst in Kalifornien und Ohio als gesetzliche Freizeit eingeführt. Im Orient beginnt sich diese Arbeitsbegrenzung erst allmählich Bahn zu brechen. Ein Beispiel dafür ist Japan, wo 1911 durch das Arbeiterschulgesetz eine Arbeitsdauer von mehr als 14 Stunden verboten wurde. Seit 1922 ist dann dort die 9½stündige Höchstzeit gesetzlich festgesetzt.

Fortschritt im Luftpostdienst. Im englischen Luftpostdienst wird jetzt eine Reueierung erprobt, die dem Mißstand abhelfen soll, daß nur die großen, mit Flughäfen versehenen Städte des Vorteils der Luftpostbeförderung teilhaftig werden. Auf einer Reihe von Linien werden demnach an den einzelnen überflogenen Orten die für sie bestimmten Postfächer während des Fluges abgeworfen. Die dafür bestimmten Stellen werden auf der Erde besonders gekennzeichnet. Die Postfächer selbst sind mit einem Fallschirm versehen, der dafür sorgt, daß die Sendungen heil landen.

Für die Unabhängigkeit journalistischer Kritik. Zu dem seit Monaten dauernden Streit zwischen der Augsburger Presse und den Augsburger Kinobesitzern hat die Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse folgende Entschlieung gefaßt: „Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse, in der die deutschen Redakteure und Zeitungsverleger zusammengefaßt sind, erhebt im Interesse der Unabhängigkeit journalistischer Kritik und damit im Interesse des Ansehens und der Würde der deutschen Presse entschiedensten Einspruch gegen das Vorgehen der Augsburger Kinobesitzer, die durch Herbeiführung wirtschaftlicher Nachteile, durch Inseratenboykott Einfluß auf den redaktionellen Teil gewinnen wollen, ein Verfahren, das geeignet ist, die freie Meinungsäußerung der Presse im Dienst der Öffentlichkeit zu gefährden. Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse stellt sich rückhaltlos an die Seite der Augsburger Zeitungen in diesem ihnen ausgesetzten Kampfe und sichert ihnen jede Unterstützung gegen Versuche von Interessengruppen zu, durch finanziellen Druck auf die Verlage die redaktionelle Freiheit der Presse zu knebeln.“

Der 60. Geburtstag des finnischen Komponisten Sibelius wurde in Finnland am Dienstag festlich begangen. Es fanden an 20 Konzerte statt, bei denen Werke des Komponisten zur Aufführung gelangten. Der finnische Reichstag beschloß, die Staatspension auf 100 000 Mark jährlich zu erhöhen. Dem Komponisten wurde ferner eine durch nationale Subskription aufgebrachte größere Geldsumme überreicht.

Die Stadt der geklederten Schlange. Nach angestrengter zweijähriger Arbeit ist es amerikanischen Archäologen gelungen, einige von den Wundern aufzudecken, die Chichén Itzá, die Stadt der geklederten Schlange, der Brennpunkt der alten geheimnisvollen und berühmten Mayakultur birgt. Auf Grund eines Uebereinkommens mit der mexikanischen Regierung übernahm das Carnegie-Institut in Washington die Erforschung des in Frage kommenden Gebietes und begann 1924 mit den Ausgrabungen. Die volle Bedeutung der bisher gemachten Entdeckungen läßt sich noch nicht erkennen. Fest steht, daß auf der Halbinsel Yucatan an der Karibischen See vor Tausenden von Jahren und lange vor Columbus eine Kultur von einer Höhe bestand, die sich die alten Ägypter kaum hätten zu schämen brauchen.

Ein Ausstellungs schwedischer Kunst wird, wie „Eternita Dagbladet“ mitteilt, im Frühjahr des kommenden Jahres in Berlin, Hamburg und Lübeck veranstaltet. Die Initiative dazu ist von den Direktoren der Kunstvereine ausgegangen. Die Ausstellung soll schwedische Kunst von Ernst Josephson bis zu den Modernisten umfassen.

Richard Kriemhild in München hat einen Fuß nach Wien erhalten und dort das Kunstszeneleben neu zu organisieren.

Die Wälder des Wälders. Von der bahnbrechenden Akademie der Wissenschaften ist die Schaffung eines Wörterbuchs der wäldischen Mundarten in Angriff genommen worden. Was die Wälder, was die Schweizer Alpen anbelangt, das Wäldchen nun auch die Wälder erhalten, nämlich ein Wörterbuch, worin sämtliche Wörter der wäldischen Mundarten und möglichst alle Redensarten enthalten sind.

Der Festzug der Wembley-Ausstellung. Die englische Regierung hat einen Kredit von 1,1 Millionen Pfund zur Dedung des Festbetrages der Wembley-Ausstellung im Parlament angefordert.

Rückgabe des deutschen Eigentums.

Ergebnis der Verhandlungen mit Amerika.

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung der Kongressbotschaft Coolidges, die uns in allgemeinen Worten von Verhandlungen über die Rückgabe des im Kriege beschlagnahmten deutschen Eigentums spricht, wird von deutscher Seite eine amtliche Darstellung über die in den letzten Monaten geführten Verhandlungen veröffentlicht.

Die deutschen Eigentümer ihres in den Vereinigten Staaten beschlagnahmten Vermögens erstreben seit langem die Freigabe ihres Eigentums. Der den Krieg zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten formell abschließende Vertrag von Berlin jedoch beließ den Vereinigten Staaten das Recht, die Schadenersatzforderungen der amerikanischen Staatsangehörigen aus dem beschlagnahmten deutschen Eigentum abzudecken. Diesen Gegensatz der beiden Interessentengruppen hat man zu überbrücken versucht. Es handelte sich dabei also nicht um eine „zwischenstaatliche“, sondern um eine zwischengrupplige Verständigung privater Natur. Es ist jetzt ein Plan des Vergleichs zustande gekommen, der sowohl vom amerikanischen Kabinett wie auch von der deutschen Regierung für eine annehmbare Lösung des Freigabeproblems gehalten wird.

Die amerikanischen Ansprüche übersteigen nicht den Betrag von 180 Millionen Dollar. Das beschlagnahmte deutsche Eigentum beträgt etwa 180 Millionen Dollar in bar (d. h. in Gold oder in Stücken der Freiheitsleihe) und etwa 80 bis 100 Millionen Dollar in nicht realisierbaren Werten. Für den Ausgleich zwischen den beiden Interessentengruppen werden die gesamten von Deutschland an die Vereinigten Staaten zu leistenden Dawes-Zahlungen herangezogen. Auf ihrer Grundlage sollen die Vereinigten Staaten in Höhe von 250 Millionen Dollar Wertpapiere ausgeben, die in spätestens 25 Jahren rückzahlbar sind, ausgelöst und von den Vereinigten Staaten garantiert werden. Durch diese Einschaltung der Dawes-Zahlungen sollen die deutschen Eigentümer ihr Vermögen mit der Rückgabe zurück erhalten, daß sie bis zu 150 Millionen Dollar in Bonds erhalten. Die amerikanischen Gläubiger ihrerseits erhalten 50 Millionen Dollar in bar und 100 Millionen in Bonds.

Die Aufgabe ist nun, daß die deutschen Interessenten sich in den nächsten Monaten auf diesen Plan einigen. Geht das, so wird die endgültige Beschlußfassung des amerikanischen Kongresses hierüber möglich.

Die Annahme dieses Planes durch den amerikanischen Kongreß würde, in den Worten der amtlichen deutschen Darstellung, „der kapitalarmen deutschen Wirtschaft eine nicht hoch genug einzuschätzende Belebung zuteil werden lassen.“

Amerika wünscht Abrüstung.

Eine Botschaft des Präsidenten Coolidge.

Washington, 8. Dezember. (M.B.) In seiner Jahresbotschaft an den Kongreß führt Präsident Coolidge u. a. aus: Hinsichtlich unserer auswärtigen Beziehungen ruht unsere Politik lediglich auf der Grundlage des Friedens, des guten Willens und guter Dienste. Im Verkehr mit anderen Nationen suchen wir auf dem Wege der Verhandlungen und im Austausch der Meinungen als vernünftige Leute ein gegenseitiges besseres Verstehen zu fördern. Das Ergebnis war, daß allmählich die Auseinandersetzungen aufhörten und daß sich

zwischen Amerika und der übrigen Welt eine festere Freundschaft als je zuvor

bildete. Unser Volkspiel war nicht ohne Einfluß auf die anderen Völker. Auf diese Weise wurde in dem schwierigen Reparationsproblem ein Ausgleich zustande gebracht. Das war der zweite Schritt auf dem Wege zum Frieden in Europa; es war dies auch zugleich die Vorbereitung für die in der Konferenz von Locarno abgeschlossenen Übereinkommen. Wenn diese Abkommen ratifiziert sein werden, wird der dritte Schritt zum Frieden getan sein. Wenn diese Abkommen auch noch nicht aus sich selbst heraus die wirtschaftliche Wiederherstellung, die für den Fortschritt in Europa notwendig ist, ergeben, so vermindern sie doch durch eine Erhöhung der Friedensgarantien die Notwendigkeit großer Rüstungen. Wenn die jetzt für militärische Zwecke aufgewandten Kräfte produktiven Zwecken zugeführt werden, so wird der wirtschaftliche Fortschritt in weitem Maße einen Anstoß erhalten. Die Abkommen von Locarno wurden von den unmittelbar interessierten europäischen Mächten abgeschlossen, ohne daß sich Amerika formell beteiligte, obwohl ich am 3. Juli in meiner Ansprache in Washington öffentlich für den Abschluß dieser Abkommen eingetreten bin. Wir haben uns ständig von einer Einmischung ferngehalten, außer in den Fällen, in denen man unsere Hilfe erbat und in denen wir den Eindruck hatten, daß diese Hilfe in wirksamer Weise gegeben werden könne. Dies war z. B. bei der Regelung der Reparationsfrage und bei der Konferenz von London der Fall. Die Locarno-Abkommen stellen einen Erfolg dieser Politik dar, die wir ständig verfolgt haben und die angenommen wurde, damit die europäischen Völker ihre eigenen politischen Probleme ohne Eingreifen Amerikas ordnen. Dieser Anfang scheint darzutun, daß diese Politik gesund ist. Es ist außerordentlich erfreulich, einen solchen Fortschritt festzustellen, der vielversprechend ist, es ist erfreulich, festzustellen, daß er sich zu einem Segen für die Welt entwickelt. Wenn die Abkommen von Locarno endgültig angenommen sein werden, werden Friedensgarantien geschaffen sein, die in einigen Teilen Europas das zurzeit vorwiegend geliebte

Vertrauen auf Macht weit weniger notwendig erscheinen lassen.

Das natürliche Korrelat zu diesen Verträgen sollten nun neue internationale Verträge über eine Begrenzung der Rüstungen sein. Auf diesem Gebiete begannen die Arbeiten in erfolgreicher Weise mit der Washingtoner Konferenz. Damals wurde hinsichtlich der Abrüstung zu Lande nichts vereinbart, da europäische Mächte Einwendungen machten. Die Stärke unseres Heeres ist auf rund 118 000 Mann herabgesetzt worden. Das ist für ein 115-Millionen-Volk die etwa erforderliche Polizeistärke. Unsere Landmacht bedroht niemanden, sie ist vielmehr ein Schutz für jedermann. Die Frage der Abrüstung zu Lande ist daher praktisch eine vornehmlich europäische Frage, so daß Amerika mit besonderem Danke jede Aktion aufnehmen würde, die die europäischen Länder unternehmen würden, um ihre militärischen Streitkräfte zu vermindern. Dies stimmt überein mit unserer Politik, uns nicht in europäische Angelegenheiten einzumischen, es sei denn, daß die europäischen Mächte nicht in der Lage sind, zu einem Einvernehmen zu gelangen, und unsere Unterstützung nachsuchen. Wenn die europäischen Mächte aber zu einer Einigung aus sich heraus kommen, so ist das für uns besonders begrüßenswert und solche Übereinkommen werden sicherlich unsere Sympathie finden. Es erscheint klar, daß

die Herabsetzung der Landstreitkräfte noch mehr als die der Seestreitkräfte für die Welt von hervorragender Bedeutung in der jetzigen Zeit

ist. Auf die in dieser Richtung erfolgenden Anstrengungen bilden wir mit Befriedigung, Billigen und ermutigen sie. Wenn die Frage der Abrüstung zu Lande geregelt werden kann, so werden wir um so eher eine weitere Einschränkung der Rüstungen zur See in Erwägung ziehen können, in welcher Beziehung Amerika ja stets seine Bereitwilligkeit zur Einberufung einer entsprechenden Konferenz zu erkennen gegeben hat. Wenn der Kongreß seine Ge-

Fort mit dem Monarchistenpuk!

Eine Massenversammlung in der „Neuen Welt“.

Während gestern Zehntausende von Beamten auf dem Gen darmenmarkt gegen die Finanz- und Steuerpolitik der zusammengebrochenen Rechtsregierung protestierten, veranstaltete die Sozialdemokratische Partei in der „Neuen Welt“ in der Hasenheide eine Kundgebung gegen die ehemaligen Monarchen und die monarchistischen Verbände, die nicht weniger machtvoll verlief. Der Saal war schon vor Beginn der Veranstaltung bis auf den letzten Platz gefüllt, so daß Tausende an der Versammlung vom Vorraum aus teilnehmen mußten. Die Spannung und die Erregung, mit denen die Zuhörer den Ausführungen der Redner folgten, zeigten, welche Erbitterung die Haltung der ehemaligen Fürsten und das Verhalten der Gerichte zu ihren zum Teil unerfüllbaren Forderungen hervorgerufen hat. Sie zeigten aber auch, daß die breite Masse des Volkes nicht bereit ist, sich den republikanischen Volksstaat von irgendeiner Seite zerbrechen zu lassen. Während Gen. Saenger-München einen Überblick über das Ziel und die Entwicklung der rechtsradikalen Verbände gab und nachwies, daß alle Wählerreihen der letzten Jahre das Fundament der Republik nicht zu erschüttern vermochten, beleuchtete Gen. Scheidemann den schamlosen Raubzug der ehemaligen Fürsten, die das Volk in der Stunde des Zusammenbruchs im Stich gelassen haben und es jetzt, in der Zeit schlimmster Verarmung, auch noch auslaugen wollen. In zwei Resolutionen, die einstimmig angenommen wurden, sprach die Versammlung den Willen aus, gegen diese Verderber des Volkes und der Republik mit unveränderter Energie anzukämpfen.

Als erster Redner nahm

Genosse Alwin Saenger-München

das Wort: Der Zusammenbruch der drei größten Kaiserreiche Europas im November 1918 ließ mit elementarer Gewalt erkennen, daß es ein vergebliches Bemühen ist, dauernd gegen den Gedanken der Demokratie anzukämpfen. Heute, wo sich die neue Staatsform immer mehr konsolidiert zeigt, versucht die Reaktion, versuchen die Faschisten ihre Mordhand gegen den neuen Staat zu erheben. Von Notizen ausgehend, schickt sich diese Bewegung auch in Deutschland an, sich auszubreiten, indem sie alle Landstuchschmucke unter ihre Fahne zu sammeln sucht. Der Faschismus bedeutet in Deutschland ein letzter Götzenkulturansturm an dem zusammengebrochenen Militarismus, er bedeutet den Krieg im Frieden, er ist die Romanik der Turbulenzen. Noch vor einem Jahre hatten wir in Deutschland 73 rechtspolitische Organisationen und Verbände, die zu dem Zweck gegründet waren, durch militärisch aufgelegene Ministerarbeit ihre außen- und innenpolitischen Ziele zu erreichen.

Eine korrupte Justiz, das Interimstium und die mehr als eigenartige politische Leitung der Reichswehr waren die Grundlagen, auf denen sich der Faschismus entwickeln konnte.

Bayern ging in Deutschland voran in dem Bestreben, den „aus patriotischen Motiven“ operierenden Faschisten eine Freilicht zu gewähren. In Bayern durfte ungehindert unser Parteieigentum vernichtet werden, von bayerischen Beamten konnte der Erzberger-Mörder ein Asyl angeboten werden, in Bayern verfehrt der Hochverräter Erhardt mit hohen und höchsten Regierungsstellen, ja der bayerische Justizminister pflegt persönlichen Umgang mit diesem stechbriefförmig verlogenen Verbrecher, ohne daß er den Stiefel zur Ausführung bringen läßt. Zahlreich sind die Briefe, die die Faschistenleitung an die deutschen Unternehmer geschrieben hat. Nicht geringe Beiträge haben unsere notleidenden Industriellen diesen staatsfeindlichen Organisationen gegeben. Die politische Leitung der Reichswehr hat es den Faschisten leicht gemacht, sich unter dem „Befehlshaber“ im Ministerium zu bewegen. Wir erleben die Bildung der schwarzen Reichswehr, aus deren Reihen die Fememörder hervorgehen. So sehen wir, daß der deutsche Faschismus durch die Unterjochung der öffentlichen und privaten Machtverhältnisse hervorgeht.

Was aber ist das Wesen des Faschismus? In wenigen Worten ist das gesagt:

der kalte, berechnende Mord, das ist Gedanke und Tätigkeit der Faschisten.

Die Verleumdung und Beschimpfung aller Nichtfaschisten, vor allem aber derjenigen, die das deutsche Volk aus der schweren Zeit herausbringen wollen, erstreckt sich heute schon bis auf den Reichspräsidenten. Vielleicht erleben wir noch, daß auch Hindenburg ein marxistischer Volksverräter genannt wird von denselben Leuten, die ihn als „Retter“ wählten. In den faschistischen Zeitungen ist er schon nicht mehr fähig, „deutsche Ehre und Deutschlands Zukunft zu bewahren“, er bedeutet schon eine „Gefahr für den nationalen Willen.“ (Stürmischer Beifall.)

Der Faschismus ist aufgebaut auf Mord, Gewalt, Verleumdung. Es ist klar, daß eine Bewegung, die eine solche moralische Grundlage hat, auch in der Einschätzung der gegenseitigen Persönlichkeiten nicht fein ist. Die Ueberwindung des faschistischen Gedankens hat zur

Genehmigung erteilt, so würde es als klug erscheinen, an jeder die Beschränkung der Rüstungen betreffenden Konferenz teilzunehmen, die auf Grund von Bedingungen zusammentritt, die einen erfolgreichen Abschluß versprechen.

Die allgemeine Politik Amerikas tritt für die Abrüstung ein. Amerika sollte nicht zögern, jeden praktischen Plan anzunehmen, der als vernünftig und erfolgversprechend betrachtet werden kann. Amerika wird aber von jeder Konferenz fernbleiben, die in ihren Ausmachungen oder in ihrer Zusammenfassung sich als höchstwahrscheinlich wertlos erweisen würde.

Französisches Dumping.

Zum Wiederbeginn der Pariser Verhandlungen.

Paris, 8. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Pariser Zeitungs-meldungen über die Wiederaufnahme der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen Anfang dieser Woche entsprechen nicht ganz den Tatsachen. Die deutsche Rückäußerung auf den Mitte Oktober überreichten französischen Entwurf eines Handelsvertrages ist bereits vor einiger Zeit erfolgt; darauf hat das französische Handelsministerium bisher nicht geantwortet. Erst jetzt hat die französische Regierung offiziell mitgeteilt, daß sie auf Grund der jüngsten deutschen Ausführungen bereit sei, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Es ist anzunehmen, daß nun die deutsche Delegation in den nächsten Tagen hier eintrifft.

Während im Verlauf dieses schriftlichen Meinungsaustausches eine sehr wesentliche Annäherung der beiderseitigen Auffassungen zustande gekommen zu sein scheint, ist die Situation neuerdings durch die scharfe Abwärtsbewegung des Francs, die französische Exportindustrien zu einem regelrechten Valuta-Dumping auf den ausländischen Märkten auszuheben, nicht unbeträchtlich kompliziert worden. Die Exportprämie, die der französischen Industrie die Differenz zwischen den rasch ansteigenden Devisen und den dahinter in weitem Abstände zurückbleibenden eigenen Gestehungskosten sichert, hat diese in die Lage gesetzt, wie in anderen Ländern so auch in Deutschland die dortige Industrie erfolgreich zu unterbieten und ihr einen Teil des inneren Absatzmarktes streitig zu machen. Das gilt insbesondere von der französischen

Gründung von Sonderorganisationen geführt, die sich bekämpfen, daß es seine Art hat. Wenn Hitler in seinem Organ schon seine Gefinnungsgenossen von gestern als politische Zeichenstebder und parfümierte Lausungen bezeichnet, so ist das das Ende des Faschismus in Deutschland. Aber aus diesem schmachvollen Ende einer politischen Bewegung ragt unberührt und ungeschwächt die republikanische Grundfrage des Staates, unseres Deutschlands. Das Werk der Festigung der Republik ist unser Zukunftswert, wir Sozialisten haben die Linie bestimmt, auf der die Entwicklung fortschreitet. Gestern noch das Sterben der monarchistischen Welt — heute das Werden eines neuen Staates, einer neuen Welt! (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Genosse Scheidemann

sprach dann, mit Handkutschung begrüßt, über das Volk des Rot und die Forderung der Hohenzollern. Er betonte, daß im Augenblick zwar nicht die große allgemeine Not der Nation, wohl aber die Not des kleinen Mannes, der Erwerbslosen, der Arbeiter, Angestellten und Beamten behoben werden könnte. Wir wissen, daß die Wirtschaft eine große Kreditnot drückt, wir wissen aber auch, daß den Erwerbslosen das Wasser an der Quelle steht. Am schlechtesten und miserabelsten aber geht es unseren davongelaufenen und wiedergelassenen Fürsten. Unsere Landesräte verstehen es meisterhaft, ihre maßlos gesteigerten Forderungen geltend zu machen. 700 000 Morgen Land, 103 Fluggrundstücke, 80 Schlösser und Parks und für den früheren Kronprinzen die Landschaft Dels, forderte man bescheidenweise. Selbst dem volksparteilichen Finanzminister Richter ging das zu weit, aber bis heute ist noch kein Abschluß da. Mit dem jährlichen Ertrag solcher Massenländereien

liegen sich 38 000 Invaliden versorgen. (Hört, hört! und Bewegung.)

Unter dem stürmischen Beifall der Versammlung fertigte der Redner einige Zwischenrufe ab, die die früheren Volksbeauftragten dafür verantwortlich machten, daß die Fürstenabfindung nicht früher schon erledigt wurde.

Diese wohnsinnigen Forderungen wären nicht erhoben worden, wenn Justiz und Regierungen nicht in so offensichtlicher Weise auf seinen der Hohenzollern stehen würden. Zu fordern ist, daß durch ein Reichsgesetz den Landesparlamenten die Regelung der Angelegenheit übertragen wird. Sollten aber die Landesparlamente verfehlen, so ist die Zeit gekommen, wo mit anderen Mitteln, evtl. auch mit einer Volksabstimmung entschieden werden muß. Es ist dem Volke nicht zu verdenken, wenn es in einer Zeit schwersten wirtschaftlichen Niederganges und größter Arbeitslosigkeit die Stimme macht, wenn es erhebt gegen die niederträchtigen Ausplünderungsabsichten der Hohenzollern. Hier soll in geradezu unerschämter Weise

ein Raubzug auf das Staatsvermögen, auf die Taschen der Steuerzahler

gemacht werden. Dieselben Leute, die Deutschland und das Volk durch ihr irrationales Auftreten ins Unglück stürzten, die Schätze über Schätze erraisten, die sich für ihr Rührgangesertum höchste Donationen zahlen ließen, dieselben Fürsten und „Landesräte“ wollen jetzt Millionen über Millionen aus dem armen Deutschland erpressen. Gegen solche Ausplünderung gilt es nicht nur zu protestieren, sondern in geschlossener Front in der Sozialdemokratischen Partei anzukämpfen. Wenn die Versammlung sich in dieser Richtung auswirkt, so wird in der Zukunft den „Landesräten“ und ihren Helfershelfern das Handwerk gelegt sein. (Stürmischer Beifall.)

Mit der Annahme folgender

Entschließung

faßt die imposante Versammlung ihren Abschluß:

I.

Die faschistische Bewegung in Deutschland ist der Ausdruck brutaler Reaktion auf allen Gebieten. Die politischen Treue morde zeigen, wie groß und gefährlich diese Bewegung ist. Die Fememorde lassen erkennen, mit welchem Fanatismus die faschistische Bewegung ihre Ziele verfolgt und was der Arbeiterschaft bei einem Siege der Reaktion bevorsteht.

Einer einzigen Arbeiterschaft gegenüber wäre der Faschismus zur Ohnmacht verdammt. Deshalb werden alle Arbeiter aufgefordert, sich der SPD. anzuschließen.

II.

Die drängenden Forderungen der Fürstendhäuser müssen um so mehr Zorn und Erbitterung hervorrufen, je größer die Not wird, die nicht zuletzt durch die Hüften, besonders die Hohenzollern über das deutsche Volk heraufbeschworen worden ist. Die Versammlung richtet die Aufforderung an die republikanische Bevölkerung, alle Kräfte zusammen, damit die unerschämten Forderungen der Hohenzollern und ihrer ehemaligen Standesgenossen gehörend abgewiesen werden können.

Eisenindustrie, die heute ganz Süddeutschland mit ihren Produkten überschwemmt und zahlreiche deutsche Werke zu nicht unwesentlichen Betriebseinsparungen gezwungen hat. Während in Deutschland heute die Eisenpreise ähnlich wie in Amerika und England etwa 25 Proz. über den Preisen der Vorkriegszeit liegen, produziert Frankreich infolge der Welt unter dem Niveau dieser Länder zurückbleibenden Arbeitslöhne etwa 20 Proz. billiger als im Jahre 1913. Die englische Regierung ist neuerdings dazu übergegangen, die eigene Industrie gegen die Unterbietung von französischer Seite durch Einführung besonderer Valutazuschläge auf die Zölle sicherzustellen, und es scheint, daß auch in Deutschland ähnliche Absichten bestehen. Jedenfalls zeigt sich schon jetzt, daß es außerordentlich schwierig sein wird, zu einem Ausgleich der beiderseitigen Zolltarife zu gelangen, solange die französische Währung nicht stabilisiert ist und ein neues Abwärtsgeleiten des Francs die deutsche Produktion einer Gefahr eines französischen Dumpings aussetzt.

Proteststurm gegen den „Vorwärts“.

Oder: Wie Parolen der „Roten Fahne“ befolgt werden.

In der vergangenen Woche hatten wir bekanntlich eine kleine Meinungsverschiedenheit mit der „Roten Fahne“ über die taktisch beste Art, die Frage der Fürstenvermögen zu behandeln.

Die „Fahne“ schloß daraus, daß der „Vorwärts“ den Fürsten (mit oder ohne Provision) einige hundert Millionen Mark zuschanden wolle, und rief die Arbeiter zum Sturm. Sie wurden aufgefordert, in Zuschriften an den „Vorwärts“ ihre Entrüstung kundzutun.

Das war am Sonnabend, den 5. Dezember. Heute, Mittwoch, den 9. Dezember, nach vier Tagen, glauben wir die Zahl der Arbeiter endgültig feststellen zu können, die dem Ruf der „Fahne“ gefolgt sind.

Sie beträgt genau 1 (einer). Der Verfasser, der dem schlechtesten Stil nach ein Redakteur der „Fahne“ sein könnte, nennt sich „Müller“ und gibt keine Adresse an.

So werden Parolen der „Fahne“ befolgt!

Gewerkschaftsbewegung

Schneeballspiel mit Arbeitslosen.

Die Zeiten schwerer Wirtschaftskrisen scheinen gewissen „Firmen“, deren Spezialität die Ausübung der Not der Arbeitslosen ist, fast am günstigsten zu ihren wirtschaftlichen Bedenken zu gehen. Sie suchen geradezu nach solchen Schneeballsystemen, die von den „edlen Wohlgeleiteten“ der Menschheit aufgegeben werden, und klagen hinterher über ihren Reichtum auf diese Schneeballsysteme. Diese sind meist so „vorsichtig“ abgefaßt, daß den betreffenden Zeitungen nicht einmal nachgemittelt werden kann, daß sie sich bewußt in den Dienst der dunklen Geschäfte ihrer Auftraggeber stellen. Gewiß, der Erwerbseinkommenempfänger, die unbefähigte Heimarbeiterin, greifen nach jedem Strohhalm. Allein sie müssen sich von vornherein sagen, daß all die menschenfreundlichen Zeitungen, die wirklich Arbeit mit monatlich 100 bis 600 Mark zu vergeben haben, nicht erst Arbeitskräfte durch Inserate dazu suchen müssen. Sie suchen Dumme.

Ein Rentenempfänger der R.V., der durch Not verzwungen ist, sich nach schriftlicher Heimarbeiter umzusehen, fand in der „Morgenpost“ Anzeigen wie die folgenden:

„Erlaubt lohnende schriftliche Heimarbeiterarbeit.“
„Arbeit vom Schreibtisch aus.“

Ein „Cebula-Berlin“, Berlin-Weißensee, schickt den Bewerbern eine Sozial-Anleitung zu gutem Verdienst durch Buchverlagsgeschäft. Wer nicht selber ein solches Buchverlagsgeschäft „trotz unseres günstigen Angebots“ errichten kann, darf für die Propagandaabteilung dieses Verlags tätig sein. Das ist Kinderleicht.

„Sie gehen in Tageszeitungen, Wochen- und Monatschriften für uns Inserate auf, in denen Bücher angeboten werden. Hinter dem Ort jedes von Ihnen aufgegebenen Inserats befindet sich Ihre Kenn-Nummer. Von sämtlichen eingehenden Beiträgen von Bestellungen mit Ihrer Kenn-Nummer erhalten Sie 10 Proz. gutgeschrieben. Die Texte der Inserate und Namen der Zeitungen, in denen Sie inserieren, teilen wir Ihnen mit. Sollten Sie innerhalb vier Wochen Ihre Inserationskosten durch die 10 Proz. noch nicht voll gemacht haben, steht Ihnen jederzeit frei, von dem o. g. Anzeigebudget zurückzutreten und erhalten Sie in diesem Falle von uns den fehlenden Differenzbetrag sofort bar ausgezahlt (womit dann jeder weitere Anspruch Ihrerseits erlischt).“

Der „Berlin Eigene Scholle“, Ralste u. Borna, Jena-Göbstedt, treibt das gleiche Geschäft, jedoch — in seiner Fiktion weit großzügiger. Der „Scholle“ gratuliert dem neuen Kunden, daß er das Glück gehabt habe, einer derartigen zu sein, der die 10 Offerte gemacht hat. Denn jeder 10. Offerte wird ein Goldfüßchen erhalten — nicht unter 4 Mark — beigelegt, der aber auch gegen eine Briefliche Umstellung werden kann. Das heißt, das Glückskind muß erst die Schrift „Beruf und Nebenwerb“ bestellen. Kostenpunkt 3,50 M. (Zahlkarte ist beigelegt), um diese „Prämie“ sofortiges beigelegt zu bekommen.

„Sie haben es bei uns mit einem großen Verlagsunternehmen zu tun und wir werden Ihnen auch noch weitere Vertretungen übertragen und Ihnen ein Empfehlungsbrief für neue Schriften einreichen. Alles Nähere im Heft „Beruf und Nebenwerb“.

Neben den Inseraten kann der Gläubiger noch Prospekte verschicken, 100 Stück für 4,50, dazu 1000 Geschäftskarten für 5 Mark. „Wenn“ auf 100 verschickte Prospekte (Ausgabe und Porto 6,50 Mark) nur fünf Bestellungen eingehen, sind schon 31 Mark verdient. Bei einer dritten derartigen Offerte, die ein W. van Komenade, Berlin-Wilmersdorf, Tharandter Straße, macht, der seine Preise für die Beschaffung von Neben- und Hauptwerb von 2 Mark auf 1,50 Mark herabgesetzt hat (ist dies etwa sein Preisabbau?), ist nicht recht ersichtlich, wie der Verdienst von 30 bis 60 M. wöchentlich „nach Inangriffnahme der schriftlichen Heimarbeiter“ erzielt werden soll.

„Regierliche werden gewarnt“ — sagte Jagom. Geht nicht auf solche Anzeigen ein, besonders dann nicht, wenn sie unter Chiffre erscheinen!

Ausbeutung statt Ausbildung.

Im kaufmännischen Lehrlingswesen.

In früheren Zeiten wetteiferten die Firmen darin, sich einen Etab hochwertigen Personals heranzubilden. Weitgehend hatten die Kaufleute erkannt, daß ein sachkundiger Nachwuchs für die Bedeutung der Firmen ausschlaggebend ist. Sie wußten, daß die tüchtigsten Angehörigen immer die sein werden, die von ihrer Firma selbst herangezogen sind und die das ganze Unternehmen während ihrer Lehrzeit genau kennengelernt haben.

Recht interessant ist es, wie heute das Lehrlingswesen gehandhabt wird. Ein großes Schlaglicht auf die Verantwortungslosigkeit vieler Unternehmer wirft die Tatsache, daß heute die Hauptbeschäftigung der Lehrlinge oft nur Buchführerarbeit ist. Da sind dauernd „wichtige Gänge“, die von ihnen ausgeführt werden müssen. Die Post mehrmals täglich zu holen, Einschreibebriefe sind fortzubringen, Zigaretten, Theaterbillets, Fahrkarten und Zeitungen müssen für den hohen Chef besorgt werden, Briefe sind auszutragen, und nicht an letzter Stelle stehen die vielen Gänge im Hause. Die Zeit, die dem Lehrling dann noch bleibt, wird zu sogenannten kaufmännischen Arbeiten vermandt. Solche sind in der Hauptsache Ablegen, Stempeln, Sortieren und, wenn es hoch kommt, automatische Schreibarbeiten. Wird der Lehrling aber in kaufmännischen Arbeiten unterwiesen, dann wird er in eine Abteilung gestellt und dort während des größten Teils seiner Lehre beschäftigt. Das patriarchalische Verhältnis, das früher zwischen dem Lehrherrn und seinem Lehrling bestand und das dem Arbeitsgeber beinahe unbegrenzte Rechte gab, ist heute vollständig verschwunden. Uebrig geblieben ist nur das Bestreben, den jungen Mann in der Lehre soweit wie möglich auszunutzen. Es gibt natürlich auch Ausnahmen, aber die bestätigen nur die Regel.

Wie sieht es nun mit der juristischen Seite der Frage? Da möchten wir auf folgende Stelle in den Lehrlingsbestimmungen hinweisen: „Kaufmännischen Lehrlingen gegenüber ist es Pflicht des Lehrherrn, dafür zu sorgen, daß der Lehrling in den bei dem Betriebe vorkommenden kaufmännischen Arbeiten unterwiesen wird. Sachgemäße Ausbildung des Lehrlings soweit wie nur irgend möglich muß vom Arbeitgeber gefördert werden. Die Ausbildung darf auf keinen Fall dadurch beeinträchtigt werden, daß der

Belehrung zu anderen Dienstleistungen in Anspruch genommen wird.“

Es ist wohl für jeden, auch für den Richter, klar, daß die kaufmännische Ausbildung nicht durch Botengänge gefördert werden kann und daß Stempel- und Ablegearbeiten wohl zu den kaufmännischen Arbeiten gerechnet werden müssen, aber nicht ausschließlich die kaufmännischen Arbeiten ausmachen. Zur Entschuldigung, anders kann man nicht sagen, führt man immer wieder den Satz an: „Als wir jung waren, mußten wir das auch machen.“

Die Arbeitgeber verteidigen sich auch damit, daß sie sagen, sie wollen kein Personal für die Konkurrenz großziehen. Die Ausrede ist natürlich unsinnig. Ganz abgesehen davon, daß diese Ausrede aus humanen Gründen eigenlich verfehlt. Einem jungen Menschen, der heute meistens noch auf eine abgeschlossene höhere Schulbildung zurückzulegen muß, durch Botenarbeiten um die Entwicklungsjahre zu bringen, ist nicht nur unmenslich, sondern auch dumm. Denn es liegt auch im Interesse der Arbeitgeber, den Lehrling so auszubilden, daß er in kurzer Zeit vollendete Fachleute vertritt. Große Unternehmen, besonders solche, die technisches Personal heranzubilden, haben zwar bereits Lehrlingschulen eingerichtet, die zum Teil ganz hervorragendes leisten. Natürlich kann nicht verlangt werden, daß ausschließlich derartige Spezialschulen gegründet werden. Aber der Lehrling mußte zum mindesten vom Unternehmer zur Weiterbildung, im geeigneten Falle, wie es auch im Lehrvertrag der Handelskammer bestimmt ist, aber nicht durchgeführt wird, zum Besuch einer Fortbildungsschule angehalten werden.

Bei der Erörterung dieser Fragen soll zum Schluß noch darauf hingewiesen werden, daß die Lehrlingsausbildung nicht nur ein pädagogisches Problem ist, sondern daß es auch eines der wichtigsten sozialen und wirtschaftlichen Probleme für den moralischen und geistigen Aufbau Deutschlands und für die Geltung des deutschen Handels- und der Industrie im Ausland ist. Es ist dringend geboten, daß endlich mit diesen Missetatungen aufgeräumt wird. R. A.

Ein Revierbeamter, der nicht an seinem Platz ist.

Wird der Handelsminister einschreiten?

Durch Beschluß des preussischen Landtags haben die Mitglieder der Grubenoberaufsichtskommission das Recht erhalten, bei erhöhter Unfallgefahr im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der Grubenoberaufsichtskommission eine Grube zu besetzen. Wie in der Praxis dieses Recht oft gehandhabt wird, zeigt folgender Vorfall:

Der Betriebsrat der Sassenhaggrube in Oberschlesien wandte sich an den Abgeordneten Genossen Franz, um die Erlaubnis zur Besetzung bestimmter Felder der genannten Grube zu erwirken. Franz gab das Ersuchen an das Oberbergamt weiter, mit der Bitte, das Erforderliche zu veranlassen. Daraufhin begab sich Oberbergamt Dams nach Sassenhag und beschränkte sich mit dem zuständigen Bergrevierbeamten, Bergamt Drossmann, dem Betriebsrat und der Grubenverwaltung die Gruben, allerdings nicht die vom Betriebsrat zur Besetzung vorgeschlagenen Felder. Bei dieser Gelegenheit machte Dams, obwohl er keinen Auftrag hatte und die Angelegenheit noch nicht dienstlich entschieden war, von dem Verlangen des Betriebsrats Mitteilung. Der zuständige Bergrevierbeamte, Bergamt Drossmann, erklärte dabei unter beliedigenden Ausdrücken gegen den Genossen Franz, daß der Verlangen des Betriebsrats eine Renunziation der Grubenverwaltung und seiner (Drossmanns) Person darstelle und ersuchte die Vertreter der Grubenverwaltung, sofort einen Antrag auf Amtsenthebung des Betriebsrats zu stellen!

Der preussische Handelsminister wird mit dem Bergamt Drossmann, dem verantwortlichen Bergrevierbeamten und Vorsitzenden des Arbeits- und Bergwerkbereichs, wenn dieses unerhörten, pflanzlichen Verhaltens ins Gericht gehen müssen.

Verhärfung der Arbeitsmarktlage

In Ostpreußen.

Königsberg, 8. Dezember. (Mit.) Nach dem Bericht des Landesarbeitsamtes ist die Zahl der Arbeitsuchenden in der Provinz Ostpreußen bis zum 2. Dezember auf insgesamt etwa 27 000 (im Vorjahre 12 000) gestiegen. Auch die Zahl der unterstützten Arbeitslosen weist eine erhebliche Zunahme auf und wird auf fast 15 000 beziffert, das ist annähernd dreimal soviel wie zur gleichen Zeit des Vorjahres.

In Köln.

Köln, 8. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In der verfloffenen Woche ist die Zahl der Arbeitsuchenden in Köln wiederum erheblich gestiegen. Sie beträgt gegenwärtig rund 28 000. Aus der Kölner Metall- und Heimindustrie werden weitere Betriebseinschränkungen und Stilllegungen gemeldet. Wenn die Verschlechterung des Arbeitsmarktes sich in dem bisherigen Tempo fortsetzt, dürfte Köln zu Beginn des neuen Jahres eine Arbeitslosenziffer von über 50 000 haben.

In Ostoberschlesien.

Breslau, 8. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeitslosenziffer in Ostoberschlesien weist jetzt von Polen selbst auf 64 000 angegeben, von denen aber nur rund 40 000 Erwerbslosenunterstützung erhalten, während der Rest in der gegenwärtig kalten Jahreszeit geradezu der Verzweiflung preisgegeben ist. Unter den Arbeitslosen befinden sich nicht zuletz auch deutsche Arbeiter und Angestellte, vor allem aus der Metallindustrie, die durch den polnischen Handelskrieg brotlos geworden sind.

Massendemonstration Erwerbsloser in Kiel.

Kiel, 8. Dezember. (Zl.) Nachdem bereits gestern eine Abordnung von Arbeitslosen versucht hatte, in Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister einzutreten, wurde heute in der Mittagsstunde eine Massendemonstration veranstaltet. Der Oberbürgermeister empfing darauf die Vertreter der Demonstration. Da bereits in Ausschüssen der städtischen Kollegien über eine Unterstützung für die Erwerbslosen verhandelt wurde, ist es zu bezweifeln, ob die heutigen Besprechungen zu einem Ergebnis führen werden.

Wo bleibt die Nachprüfung der Reichsarbeiterlöhne?

Die am Tarifvertrag für die Reichsarbeiter beteiligten Organisationen sprachen am Dienstag im Reichsfinanzministerium vor, um für die Reichsarbeiter noch vor Weihnachten mindestens die Bewilligung einer Abfindungssumme zu erreichen. Der vor einigen Wochen von den Reichsarbeitern angenommene Schiedsspruch verpflichtete befaßlich das Reichsfinanzministerium, in eine Nachprüfung der verschiedenen Lohngruppen einzutreten. An etwa 70 Orten ist der Lohn für die einzelnen Lohngruppen um 1 bis 2 bzw. 3 Pf., an

11 Orten um 3 bis 4 bzw. 5 Pf., an 9 Orten um 4 bis 5 bzw. 6 Pf. und an 10 Orten um 5 bis 6 bzw. 7 Pf. pro Stunde erhöht worden. Es blieb aber nach wie vor die bedauerliche Tatsache bestehen, daß ein erheblicher Teil der Reichsarbeiter überhaupt nichts erhielt. Die an den einzelnen Orten neu festgelegten Löhne entsprechen übrigens noch lange nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Die Regierung verweist zu ihrer Entschuldigung mit Vorliebe immer auf die Verhältnisse in der Metallindustrie; dabei ist unter den etwa 20 000 bei den Reichsverwaltungen und -betrieben beschäftigten Arbeitern — Post, Eisenbahn und Wasserstraßen ausgenommen — nur ein geringer Bruchteil Metallarbeiter. Die Reichsarbeiter sind ihrem Beruf nach hauptsächlich Schuhmacher, Schneider, Steindrucker, Buchdrucker, Buchbinder, Metallarbeiter und Tischler.

Die Löhne der Reichsarbeiter führen zu Ungleichgültigkeit und zur Abnahme der Arbeitsfreudigkeit. Das Reichsfinanzministerium wird eines Tages noch dahinter kommen, daß die Reichsverwaltungen und -betriebe, wenn sich erst einmal gewisse Parallelen zwischen Lohnarbeit und sinkender Arbeitsfreudigkeit eingestellt hat, auf die Dauer bestimmt mehr verlieren als gewinnen.

Bilder vom Lande.

In die ständischen Zustände, die heute noch auf dem Lande bestehen, leuchten die nachstehenden, dem Deutschen Landarbeiterverband aus Schlesien zugeleiteten Vorfälle hinein.

1. Der Gutsbesitzer Fleischer, dessen Frau das Gut Salsitz, Kreis Glogau, gerodet, kündigte am 1. Oktober neun Familien mit 22 Arbeitskräften, angeblich wegen Zuebau der maschinellen Anlagen. Es waren Leute, die 23, 19, 10, 8 und 6 Jahre dort beschäftigt wurden und sich etwas selbstbewußt einstellten. Später suchte sich der noble Herr Gutsbesitzer hinter die zurückgebliebenen Leute zu verstecken, von denen er behauptete, daß sie „als deutschnational geführte Menschen“ es nicht verstanden könnten, mit Ausländern zusammen zu arbeiten. Hierüber zur Rede gestellt, erklärte der Gutsbesitzer, daß er sich nur durch den polnischen Namen der Entlassenen, nicht aber durch die Tatsache leiten lasse, daß sie als Reichsdeutsche in Polen geboren wurden. Etwa 10 Tage später beantragte Herr Fleischer beim Vorprüfungsausschuß die Genehmigung zur Beschäftigung von 15 Ausländern. Sie wurden ihm auch mit Unterstützung des Vorsitzenden gegen die Stimmen der Arbeitnehmer bewilligt.

2. Der Gutsbesitzer W. in Kreidelwitz, Kreis Glogau, verprügelte einen 60 Jahre alten Arbeiter, der schon 30 Jahre auf dem Gut tätig war. Die Folge war: Der Mann erhängte sich.

3. Auf dem Gute des Grafen von Sch. in Seppau, Kreis Glogau, wurde das sechs Jahre alte Kind eines Arbeiters, das während der Abwesenheit der Eltern auf einem Sandhaufen spielte, von dem Elternteil derartig mit dem Stock geschlagen, daß es blutunterlaufenen Stellen hatte. Der Vater des Kindes wurde, als er den Krügelhelden zur Rede stellte, entlassen.

4. Auf dem Gut des Grafen R. in Druse, Kreis Glogau, wurden die Kinder, die nicht mit den Eltern zur Arbeit gehen konnten, schon wiederholt in den Keller eingesperrt.

5. In Droskau, Kreis Glogau, wurde ein 60jähriger Arbeiter von einem Gutbesitzer, der Stahlhelmmann und Leutnant a. D. ist, so stark verprügelt, daß er acht Tage im Krankenhause erholte die sofortige Entlassung aus der Arbeit. Der Gutsbesitzer, der gleichgültig Unvorsichtiger ist, meldete sich, dem Arbeiter ein Armeattest auszustellen, weil er genau wußte, daß er unorganisiert ist. Im Frühjahr wurde der gleiche Arbeiter schon einmal von zwei Stahlhelmläuten verprügelt. Bei dem Gutsbesitzer als Unvorsichtiger wurde Anzeige erstattet mit dem Erfolg, daß sie überhaupt nicht weitergeleitet wurde.

6. Ueber einen Inspektor, der in Gullik, Kreis Glogau, tätig ist, wird berichtet: Früh morgens, wenn der Herr Inspektor die Leute bestellt, ist er schon sehr ostianerant, dann hört man Ausdrücke wie: „Du Dack“, „Du Busse“, „laufe Hand“, „Scheri Euch zum Teufel“, „Ach will Euch gar nicht sehen“, „Hui!“ Den Arbeitern ruft er dabei ins Gesicht: — Ohne Hofpönger wird niemand einstellt. Diese werden dann geschlagen und angepöckelt, von der Arbeit weggespart um. Einem Arbeiter sagte er, wenn die Arbeit vorbei sein wird, können Sie sich zum Teufel scheren: der Arbeiter wollte bald gehen, bekam aber die Kappe nicht. Auch der Landrat des Kreises Glogau stand ihm nicht zur Seite: er mußte dort weiterarbeiten.

Das ist nur ein kleiner Teil des Materials, das sich im Besitze des Deutschen Landarbeiterverbandes befindet. Es veranschaulicht mit aller Deutlichkeit das Vord, dem heute noch das arbeitende Volk auf dem Lande ausgesetzt ist. Es scheint so, als wenn wir in der deutschen Republik noch recht viele Schicksale haben, die von den Ereignissen der Zeit völlig unberührt geblieben sind und in denen es Leute gibt, die da glauben, man könnte eine vor hundert Jahren übliche Behandlungsmethode auch jetzt noch pflegen. Braucht man sich dann noch über die Missetat aus der Landwirtschaft zu wundern? Auf diese Frage sollten einmal die zuständigen Regierungsstellen eine Antwort geben.

Verflechterter, aber verbindlicher Schiedsspruch.

Breslau, 8. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedsspruch des niederschlesischen Schlichters für den Bergbau des Waldenburger Bezirks erheblich verschlechtert, indem er nur eine durchschnittliche Lohnerhöhung von etwa 15 Pf. für die Schicht bewilligte. Arbeitnehmer wie Arbeitgeber haben diesen Schiedsspruch abgelehnt, der aber jetzt für verbindlich erklärt worden ist. Die Folge dieser völlig ungenügenden Lohnerhöhung wird sein, daß sich die soziale Unruhe in diesem Bezirk fürchtbarer Rot noch steigern wird.

Wund der technischen Kassenleiter und Beamten, Dreiermehlung Berlin. Gemeinnützige Arbeitervereinsvereine der Arbeitervereine, Arbeitervereine und Kleinrentnervereine am Donnerstagabend 7 1/2 Uhr im Hotel „Zur alten Schmiedekammer“, Berlin SW., Jerusalemstr. 8 (Nähe Bahnhof).
Verantwortlich für Politik: Graf Krentler; Wirtschaft: Erwin Sternmann; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Revolution: R. S. Pfeiffer; Soziales und Religion: Reinhold; Anzeigen: Th. Glöck; Ähnlich in Berlin.
Berlin: Nordwärts-Berlin S. m. d. B. Berlin, Druck: Germania-Verlagsanstalt und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW. 11, Pflanzstr. 1.
Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Musikantentage

abermals nur im Rahmen des Reichs-Musikantenverbands, Berlin O 27, Hindenburgstr. 21 (Königsplatz 4310, 4048).
Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntag 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch

HALPAUS ATELIER No 106 SA

IM ALTEN FORMAT

ZUM ALTEN PREIS

4

IN ALTER QUALITÄT

HALPAUS

4

RARITÄT

Die Städtischen Werke als Allgemeingut.

Die Berliner Städtischen Werke versorgen einen großen Teil des Berliner Stadtgebietes mit elektrischem Strom, Gas und Wasser. Langjährige Pachtverträge sichern ihnen das freie Verfügungsrecht über die Sachwerte und verpflichten sie andererseits zur sachgemäßen Erhaltung der Werke und zu ihrem zeitgemäßen Ausbau. Noch moderneren kaufmännischen Grundrissen werden die Werke, die uns mit den lebensnotwendigsten Stoffen und Kräften versorgen, von Gesellschaften verwaltet, deren einziger Aktionär die Stadt Berlin ist.

Die Verwaltung der Werke.

Magistrat und Stadtverordnetenversammlung sind im Aufsichtsrat vertreten, dem außerdem noch einige führende Industrielle als Sachleute angehören. Die städtischen Körperschaften haben also entscheidenden Einfluß auf die Verwaltung der Werke, die dadurch praktisch allen anderen Einflüssen entzogen werden. Das Allgemeininteresse, Wirtschaftlichkeit und Praxis allein sind ausschlaggebend bei der Verwaltung wie auch beim Ausbau der Werke; keinerlei privatwirtschaftliche Interessen können bei irgendwelchen Maßnahmen mitsprechen. Die Stadt Berlin, eine Riesenzelle im Staatskörper, wird durch ungeheure Reize mit den wichtigsten Kräften versorgt, und diese Reize, wie auch die gewaltigen Quellen der Kräfte, stehen letzten Endes unter der Aufsicht der Stadt selbst und der Bevölkerung, die ihre Vertretung mit allgemeinem, geheimem, gleichem und unmittelbarem Wahlrecht wählt. Diese Art der Verwaltung hat sich bewährt in der kurzen Zeit ihres Bestehens. Bewährt vor allem in wirtschaftlicher Beziehung; denn die Werke erhalten sich selbst und, was für den Verbraucher das Wichtigste und Greifbare ist, sie liefern billig. Liegt doch der Durchschnittspreis für elektrischen Strom seit Inkrafttreten des ermäßigten Tarifes von 16 Pf. pro Kilowattstunde nicht über dem Preis des letzten Vorkriegsjahres; und das können wir leider nur zugunsten sehr,

sehr weniger anderer Güter des täglichen Bedarfs ansühren. Aber nicht nur die Verwaltung nach kaufmännischen Gesichtspunkten und die möglichst billige Versorgung liegt im Interesse der Stadt, sondern auch die Vergrößerung des Abnehmerkreises überhaupt. Diese Aufgabe ist zum Teil eine kaufmännische; denn eine Vergrößerung der Fabrikation ermöglicht meist eine Verbilligung oder eine größere Rentabilität des Unternehmens. Zum anderen Teil ist sie aber eine kulturelle. Es gibt wohl kaum noch ein Haus im Groß-Berliner Stadtgebiet, dem kein Leitungswasser zugeführt wird, aber leider noch manche Hausstände ohne Gaszufuhr und ungeheuer viele ohne Versorgung mit elektrischem Lichtstrom. Vor allem die Elektrifizierung der großstädtischen Beleuchtung, der Anschluß auch der kleinsten Haushaltungen ist eine Notwendigkeit. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Forderung manchmal mit rein kaufmännischen Gesichtspunkten in Konflikt geraten kann, z. B. in der Frage der Kostenhöhe der Hausanschlüsse; und nur eine Verwaltung, die von den städtischen Körperschaften beauftragt ist, wird letzten Endes hier den richtigen Weg finden.

Das Versagen der Privatwirtschaft.

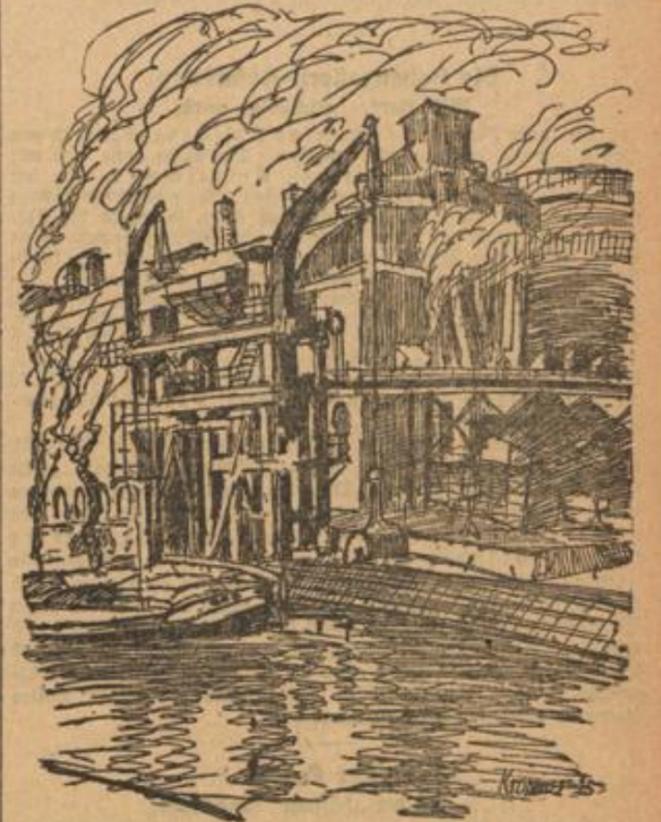
Doch auch in der modernen Großstadt zeitweilig die Wasserversorgung gefährdet werden kann, haben wir im letzten Sommer während der abnormen Hitzeperiode gesehen. Gerade die Versorgung mit ausreichenden Mengen hygienisch einwandfreien Wassers ist die erste Bedingung für die Gesundheit der Bevölkerung, sicher ebenso bedeutend wie die Versorgung mit gesunden Wohnungen. Wenn auf diesem Gebiet nur mit Mühe und Not größter Schaden vermieden worden ist, so lag das zum Teil im rechtzeitigen Einbringen der Städtischen Wasserwerke, während das privatwirtschaftlich verwaltete Werk seinen Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung nicht nachgekommen ist. Es ist zu hoffen, daß bald alle Berliner Wasserwerke unter einer städtischen Verwaltung vereinigt sind, so daß in Zukunft nicht wieder einzelne Stadtteile benachteiligt sind. Dasselbe gilt auch für die Gas- und Elektrizitätswerke, bei denen sich infolge der teilweisen Privatverwaltung auch die verchiedene Tarifierung unangenehm bemerkbar macht.

Gas und Elektrizität.

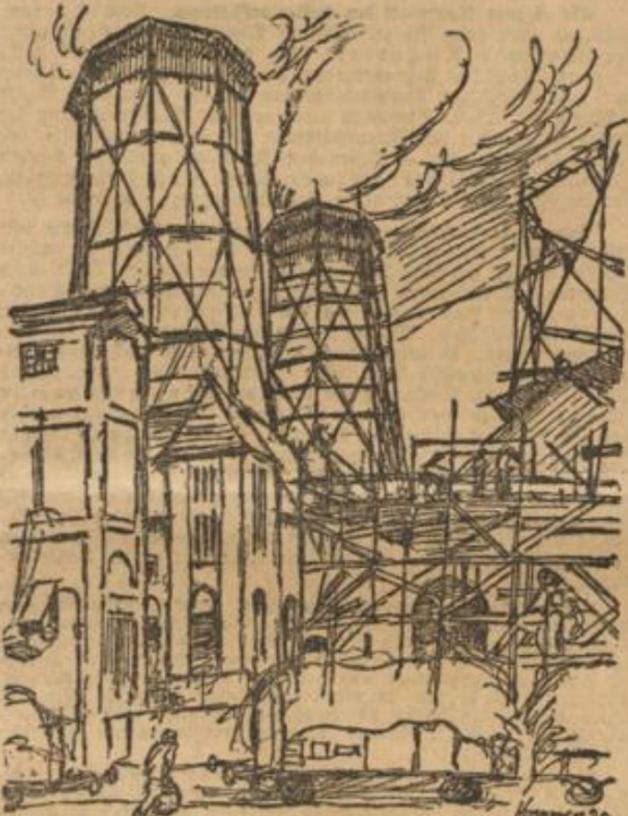
Gas und elektrische Kraft sind eigentlich Konkurrenten, besonders auf den Gebieten der Beleuchtung und industriellen Beheizung. Dieser Konkurrenzkampf hat in Berlin aufgehört, seitdem die hauptsächlichsten Gas- und Elektrizitätswerke unter städtischem Einfluß stehen. Hierdurch hat sich eine selbsttätige Abgrenzung der Arbeitsgebiete ergeben, wodurch große Kosten für Reklame gespart werden. Die Hauptarbeitsfelder des gasförmigen Brennstoffes sind der Kochbetrieb im Haushalt und die industrielle Gasfeuerstätte, und diese Arbeitsfelder werden von den Städtischen Gaswerken durch nahe Propaganda langsam erobert. Im häuslichen Kochbetrieb liegt der einfache, saubere Gasofen allmählich über den unwirtschaftlichen Kohlenherd. Für die Industrie ist die Gasheizung in vielen Fällen das ideale Heizmittel, vor allem wegen ihrer guten Regulierbarkeit, die bei der Kohlefeuerung nicht annähernd so fein ist. Dann wegen ihrer Sauberkeit, die z. B. in der Textilindustrie, in Großplattereien usw. ausschlaggebend sein kann; außerdem fällt jegliche Lagerung des Brennstoffes fort und damit die Festlegung großer Kapitalien. Der Wirkungsgrad der Gasfeuerung ist wesentlich höher als der der Kohlefeuerung. Dagegen ist bei allen industriellen Gasanlagen die Anbringung außerordentlicher Sicherheitsvorrichtungen unerlässlich. In der letzten Zusammenarbeit mit den in Frage kommenden Industrien (Gaswerke, industrielle Oefen, Gasbadöfen usw.) erobert sich die Verwaltung der Gasmwerke diese beiden Gebiete, ohne die Konkurrenz der Städtischen Elektrizitätswerke fürchten zu müssen.

Diese erkennen hier die Überlegenheit des Gases als Betriebsstoff an; denn die Ofen- und Heizungsindustrie hat bis heute noch nicht die Geräte geschaffen, die eine wirtschaftliche elektrische Beheizung und Erwärmung gestatten. Dafür ist das große Gebiet der Beleuchtung in den letzten Jahren stetig vom Gas- zum elektrischen Betrieb übergegangen, und die Gasmwerke kämpfen nicht um den verlorenen Posten. Der elektrische Strom ist das zeitgemäße Beleuchtungsmittel, einfach in der Bedienung, gleichmäßig, verhältnismäßig un gefährlich und dabei billig. Je mehr ein Haushalt an Strom verbraucht, um so billiger stellt sich dieser relativ; denn die

Grundgebühr bleibt dieselbe und verteilt sich über die größere Zahl der Kilowattstunden. Diese Berechnungsweise ist sozial, um so mehr als die Grundgebühren steigen mit der Größe des Zählers und somit des Haushaltes. Es ist doch wirklich nicht teuer, wenn man in einem kleinen Haushalt für rund 200 Brennstunden im Monat so viel zahlt, daß die Stunde elektrischer Beleuchtung nur circa 1 Pf. kostet! Der Kraftverbrauch für Beleuchtung, nicht der für industrielle



Zwecke und den Betrieb elektrischer Bahnen, stellt daher auch das Hauptgeschäft der Elektrizitätswerke Berlin dar, und vom Hausverbrauch erwarten die Werke vor allem den Antriebs zu immer weiterer Entwicklung. Sie propagieren nicht nur die elektrische Beleuchtung, sondern auch die Verwendung elektrischer Hausmaschinen wie Staubsauger, Kältemaschinen, Plättchen, Ventilatoren, Heißfäden usw. Der niedrige Preis des Stromes ist natürlich das beste Propagandamittel — der Kraftstrom kostet dasselbe wie der Lichtstrom — und seit der Herabsetzung des Kilowattstundenpreises von 18 auf 16 Pf. im Herbst vorigen Jahres werden täglich 300 bis 400 neue Anschlüsse beantragt. Heute sind noch nicht ein Drittel der 900 000 Berliner Haushaltungen an das Stromnetz angeschlossen, aber in ihre Berechnungen schließen die Werke eine neue voraussichtliche jährliche Zunahme des Gesamtverbrauches von 25 Proz. ein. Bei dieser großen Entwicklung reichen die bisherigen Stromquellen — ein Drittel erzeugten im Jahre 1924 durchschnittlich die Berliner Werke selber, zwei Drittel liefert das Gaspaar Werk als Fernstrom — kaum noch aus, und der vor kurzem von der Stadt bewilligte und finanzierte Bau des Großkraftwerkes in Rummelsburg soll beschleunigt ausgeführt werden. Rummelsburg allein soll 210 000 Kilowatt erzeugen, mehr als der Spitzenverbrauch Berlins im vergangenen Winter ausmachte, und dies Werk soll Berlin etwas freier machen vom teuren und nicht immer zuverlässigen Fernstrom. Nach den neuesten wärmewirtschaftlichen und elektrotechnischen Erkenntnissen soll dies Werk gebaut werden, das die in



Die Passion.

Roman von Clara Diebig.

Ob sie denn noch nicht gingen? Es war doch schon abends spät. Die Zeit wurde Eva unendlich lang; sie qualte sich nur noch so hin. Gott sei Dank, nun brachen sie auf! — „Endlich!“ sagte Hans Blechhammer und streckte beide Arme nach seiner Frau aus. Olga wies mit dem Blick nach Eva hin, sie fühlte sich geniert. Aber Eva sah nicht, sie hörte auf einem Stuhl, schaute starr in einen Winkel und suchte zu erkennen, was da eigentlich war. Nichts, gar nichts; eine grausame Leere. In ihren Schläfen stach es, und dann war ihr Kopf auf einmal auch leer, ihr ganzer Körper leer, nur ihr Herz war noch da und pochte in rasenden Schlägen. Aber jetzt war auch das nicht mehr da, es flog fort. Sie stieß einen angstvoll zitternden Seufzer aus.

„Eva, was ist dir? Um Gottes willen, wie siehst du aus?“ Schon war Olga bei ihr, hatte die Arme des Mannes non sich gestreift, presste den bleichen Kopf des Mädchens an sich.

Der Ehemann stieß ein ärgerliches „Schon wieder die alten Ideen“ aus, aber dann bekam er es doch auch mit der Angst. Wie eine Sterbende sah Eva aus, ihr Blick abwesend, erloschen. Nach einem heftigen Zucken, das den ganzen Körper in Mitleidenschaft zog, lag sie nun am Boden, starr und steif, rührte kein Glied mehr. Wenn man ihr den Arm hob, blieb er so, wie man ihn gehoben hatte, unbeweglich in der gleichen Haltung. Was war das?! Er half Eva auf ihr Bett tragen; mit Mühe nur konnte Olga den starren Körper entkleiden.

„Wärmflasche! Heiße Tücher! Nach kochendes Wasser, schnell!“ Und er rannte nach der Küche, steckte den Gaslocher an, hantierte klappernd mit Kesseln und Töpfen. Die Hände flogen ihm. So ein Hochzeitsabend, verflucht noch mal, so ein Hochzeitsabend! Er war erschrocken, er war wütend; wütend auf Eva, wütend auf Olga, am wütendsten aber auf sich. Wer hieß ihn auch, eine Frau heiraten, die so ein krankes Mädel hatte, denn daß mit Eva etwas nicht stimmte, das war ja ganz klar. Hätte er doch nur auf seinen Freund Tändler gehört! Der war älter und erfahrener. Der hatte gesagt: „Sie ist ja recht nett, und 'ne nette Wirtschaft hat sie auch, aber davon kannst du auch so gut haben. Du brauchst nicht gleich zu heiraten!“ Er hatte sich solches Gerede verboten: was

der sich wohl dachte; anders war Olga doch nicht zu haben. Und sie war gut und tüchtig, und wenn sie auch älter war, man würde ja auch älter mit jedem Tag, und der Eva würde er schon den Platz anweisen, auf den sie gehörte. Aber nun war auf einmal die Eva wieder die, um die sich alles drehte, und er konnte hier draußen in der Küche stehen und die Bedienung machen.

Es war ein ärgerlicher Hochzeitsabend, noch ärgerlicher die Hochzeitsnacht. Immer wieder streckte der junge Ehemann, der sich niedergelegt hatte, den Kopf durch den leise geöffneten Spalt der Schlafkammertür: „Kommst du nun bald? So komm doch endlich!“

Aber Olga kam nicht. Sie blieb drinnen im Zimmer. Da sah sie am Bett ihres Kindes und hielt seine Hand. Die spanische Wand war beiseite geschoben, Platz mußte sein, Raum, Luft für Eva. Die hatte die starren Augen, über die ihr die Mutter schühend die Hand gelegt, noch nicht bewegt; nun lächelte Olga, wie die langbewimperten Lider sich wie die Flügel eines Schmetterlings hoben und senkten. Und nun öffneten sich auch die bleichen, im Krampfanfall fest zusammengepressten Lippen.

„Mutter?“ flüsterten sie fragend.

„Ich bin hier. Ich bleibe bei dir.“

Eva hatte schwach gelächelt, jetzt schloß sie. Aber Olga sah wachend. Was war mit Eva? Was waren das alles für seltsame Zustände? Warum schloß ihr bald dies, bald das? Die Augen der Frau starteten weit aufgerissenen, angstvoll fragend in die Dämmerbeleuchtung des Zimmers. Und dann sahen sie weiter und weiter. Sie durchbohrten Zimmer und Hauswände, Boden, Monate, Jahre sahen sie zurück; alte Zeiten. Vergessenes rollte sich auf, lebendig werden, vor ihr. Sie sah sich wieder im Sprechzimmer des jungen Arztes, in der Augenklinik der Charité, das Kind an ihrer Hand — ach, Evas Augen! Und der Arzt fragte: „War der Vater gesund?“ Und vorher beim langen Warten im Wartezimmer hatte eine Frau mit ihr gesprochen. „Ein Gesundheitsattest müßte jeder Mann beibringen, der ein Mädchen heiraten will. Ein Gesundheitsattest — hernach sonst die Kinder!“ Sie hatte das damals gar nicht so richtig verstanden. Und der Ohrenarzt hatte sie auch gefragt. Olga seufzte tief und zitterig auf, o, jetzt erinnerte sie sich plötzlich ganz genau: „War der Vater gesund? Sind Sie selber gesund?“ Ja, ja, sie selber war ganz gesund aber — — — „Paralyse“ sagte da plötzlich eine Stimme. Woher kam die? Es war niemand im Zimmer, und doch wurde diese Stimme laut. Wie eine irre fuhr die Ueberwachte auf, sie sah einseufzen um sich; wer hatte das ge-

sprochen? Eine alte, durch den Kummer verwirrte, unglückliche Frau, eine Mutter, die den unglücklichen Sohn nicht besuchen durfte, den Sohn in der Anstalt.

Olga sprang auf, sie konnte nicht still sitzen bleiben mehr, sie rang die Hände empor, und dann riß sie sie wieder auseinander und streckte sie abwehrend vor sich; sie wollte nichts mehr sehen. Auch Benchen nicht sehen, die sich plötzlich herandrängte, das Fräulein Helene mit dem gemalten Gesicht und dem rosa Beil mit Spitzenschirm und altsamer Steppdecke. Nicht die Spuren der Tritte, der Männertritte sehen auf einer viel belausenden Treppe.

Olga sah ihre ganze Hochzeitsnacht wach am Bett ihres Kindes und weinte.

Der junge Ehemann hatte es aufgegeben, den Kopf durch den Türspalt zu stecken, ungeduldig zu fragen: „Kommst du?“ Jetzt schloß er. Stunde um Stunde, Gedanke um Gedanke, Träne um Träne — Olga dachte jetzt nicht an den Mann, dessen Frau sie heute werden sollte, er war ihr augenblicklich so fern. Sie dachte auch nicht mehr weiter an Manfred Berndt. Sie dachte jetzt nur an dies Kind hier, an ihre arme kleine Eva, um die sie schon viel gelitten hatte, um die sie noch leiden würde. Die allein liebte sie, zu der gehörte sie, und die gehörte zu ihr. Nichts würde sie von Eva trennen — nur der Tod.

14.
Eva würde nun bald aus der Schule kommen, sie ging jetzt ins vierzehnte Jahr. Sie war eine gute Schülerin. Sie schrieb eine saubere Handschrift, sagte hübsch auf, hatte nie vergessen, etwas zu lernen, war in den Stunden still und gehorjam, und in allen Unterrichtsfächern ein aufmerksame Zuhörerin. Fräulein Resch lobte sie sehr. Ach, wenn sie doch auch Lehrerin werden könnte! Eva wünschte sich das brennend. Auch Olga wünschte das, aber — — — Eva sah ja noch immer in der vordersten Bank. Ihr Vater, versagte, sowie sie weiter ab war. Wie sollte sie da unterrichten!

„Laß sie doch Puppemacherin lernen!“ sagte Hans Blechhammer. „Das ist weiter nicht anstrengend und ein ganz netter Beruf.“

Wie konnte er nur so etwas sagen, er wußte doch, daß Evas Augen so schwach waren! Wenn sie eine Nadel einfäden wollte, legte sie den Kopf ganz an die rechte Seite, mußte das linke Auge übermäßig anstrengen und fuhr doch noch immer mit dem Faden am Nadelohr vorbei. Die Mutter sagte: „Das geht doch nicht.“ (Fortsetzung folgt.)

elektrische Kraft umzuwandeln. Die Wärmemenge zu 50 Proz. besser ausnutzen als das erst zehn Jahre alte Golparer Werk. Das Werk Rummelsburg soll sofort nach der Fertigstellung in 1 1/2 Jahren für die doppelte Erzeugung ausgebaut werden und stellt doch nur einen Teil der Ausbaupläne der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke dar. Allein die geplante Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahn würde eine große Vermehrung des Stromverbrauches bedeuten, wird doch von der Berliner Straßenbahn heute schon rund ein Viertel des gesamten Stromes benötigt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß eine wesentliche Durchbrechung des Achtfundentages auf die Berliner Stromversorgung katastrophal wirken müßte. Der Höhepunkt des täglichen Stromverbrauches trifft zusammen mit dem Einschalten der Haus- und Straßenbeleuchtung, im Winter also zwischen 4 und 5 Uhr. Zu dieser Zeit ist der größte Teil der Berliner Industrie bereits abgeschaltet. Eine Verlängerung der Arbeitszeit über diesen Zeitpunkt hinaus würde die Spitzenbelastung derart erhöhen, daß die Werke ihr heute voraussichtlich nicht gewachsen wären.

Die Hohenzollern-Abfindung. Wie Berlin geschädigt wird.

Die „hohe Wonne“, des Königs Residenz zu sein, ist von Berlin niemals „ganz gefühlt“ worden. Die Sache hatte, wie wir alle wissen, einen sehr bitteren Beigeschmack. Da der König in seiner Residenz bei allen möglichen und unmöglichen Dingen mitzureden und oft allein zu entscheiden hatte, so wurde die Entwicklung der Stadt auf diesen Gebieten recht fühlbar gehemmt. Man denke nur an das Verkehrswesen, dessen Rückständigkeit den selbstherrlichen Eingriffen des Trägers der Krone zu danken ist. Inzwischen sind wir die Hohenzollern glücklich losgeworden, aber noch bei ihrer Abfindung muß Berlin in besonderem Maße dafür büßen, daß es einmal Königsresidenz war. Gegen die Schädigung Berlins durch die Hohenzollernabfindung, hat in der Stadtverordnetenversammlung die sozialdemokratische Fraktion folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

„Der Kämliche Preussische Pressedienst verbreitet die Nachricht, daß den Hohenzollern neben vielen Millionen Goldmark große Länderanteile als Abfindung im Wege des Vergleiches gemacht werden sollen. Diese riesenhafte Abfindung bedeutet nicht nur eine schwere Schädigung hunderttausender in bitterer Not befindlicher Berliner Einwohner, sondern sie nimmt ihnen auch notwendige Erholungsstätten. Die Stadtverordnetenversammlung protestiert daher aufs schärfste gegen die beschriebene schwere Schädigung der Berliner Bürgerschaft und ersucht gleichzeitig den Magistrat, bei den zuständigen Reichs- und Landesstellen zwecks Erlasses eines die Abfindung regelnden Reichsgesetzes, welches den Interessen des verarmten deutschen Volkes Rechnung trägt, vorstellig zu werden.“

Die falsche Gräfin und der „höfliche“ Angeklagte.

Die falsche Gräfin und der „höfliche“ Angeklagte standen vor ganz verschiedenen Gerichten angeklagt. Haben Beide nichts miteinander zu tun. Aber die Gräfin ist ebensowenig echt, wie der Angeklagte höflich ist. Sie spielt im Anfang der Verhandlung „verrückt“, nennt Richter und Sachverständige „Lump“ und „Strolch“, er muß wohl mal etwas vom Götz von Berlichingen gehört haben, denn mit dessen bekannter, unabweisender „Aufsorderung an den Kaiser“ quittiert er dem Gericht gegenüber eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Folge: Nach einem Monat dazu. Also im Punkte des Benchmens vor Gericht haben sie doch etwas gemeinsam, die „falsche Gräfin“ und der „höfliche Angeklagte“.

Anni Sanned ist den Gerichten als talentierte Hochstaplerin gut bekannt. Das Schöffengericht Schöneberg hat sich diesmal nur noch mit einer verhältnismäßig harmlosen Sache zu beschäftigen. Verurlichter Betrug. Eine Bank, die betrogen werden sollte, hatte rechtzeitig die gefälschte Unterschrift erkannt und die Festnahme der Angeklagten veranlaßt. Wie immer hatte sich die Sanned auf raffinierte Art Kenntnis von Kundinnen der Bank verschafft, von deren Guthaben sie dann durch Fälschung der Unterschrift ziemlich hohe Summen abgehoben hatte. Der Sachverständige hält die Angeklagte wohl für geistig minderwertig aber nicht unverantwortlich im Sinne des § 31. Dieses Gutachten des Dr. Hirsch vom Untersuchungsgefängnis hatte die Angeklagte tief empört. Sie richtete ihre ganze Wut gegen Dr. H. „Der immer so liebenswürdige Medizinalrat Dr. Thiele habe diesem Lumpen von jetzigen Sachverständigen weichen müssen. Dr. Hirsch ist ja immer nur auf Seiten des Gerichts.“ Der Vorsitzende mußte schließlich den schimpfenden Wortschwall der Angeklagten dämmen, was ihm nur schwer gelang. Das Urteil fiel trotzdem milde aus und lautete wegen versuchten Betruges auf einen Monat Gefängnis. Anni Sanned, die „Gräfin“, aber schimpfte weiter, schimpfte so lange, bis man sie schon lange nicht mehr sah . . .

In der zweiten Sache vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte standen vier Angeklagte. Drei von ihnen, der Bäcker Joseph Graf, der Arbeiter Stefan Grundkowitz und der Arbeiter Ernst Kupisch wegen Einbruchdiebstahls im Rückfall. Der „besonders höfliche“ Kurt Brosowski wegen Hehlerei. Auch sie waren keine „Anfänger“ mehr in ihrem Fach. Trotz aller Versuche, kurze Zeit ehrlich zu arbeiten, schien ihnen ihr „altes Gewerbe“ doch lohnender zu sein. Ihre letzten Straftaten, bei denen ihnen 3 Fahrräder und Textilwaren im Werte von 4000 Mark in die Hände fielen, kamen jetzt zur Verhandlung. Alle drei machten nicht viel Umstände, sie waren geständig. Jeder von ihnen erhielt 2 Jahre und 3 Monate Zuchthaus zubüßend, außerdem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren. Mit Brosowski verfuhr das Gericht bedeutend „milder“, er erhielt wegen der Hehlerei nur 3 Monate Gefängnis. Wenn Ansehen nach mußte ihn das ärgern, er hielt sich seinen „Kollegen“ gegenüber nicht für „poll“ genommen und wurde auf die eingangs erwähnte Art „massig“. Seine Achtung vor dem Mitangeklagten ließ denn auch um 1 Monat Gefängnis wegen Ungehörigkeit vor Gericht.

Die Elsch-Cochringische Volkstheater in Berlin. Diese Bühne dient der Pflege des mundartlichen Genres, wobei sie sich trotz der Liebe für die Sitten und Sprache des Landes frei hält von jeglicher nationalistisch-revancheführender Tendenz. So hat denn auch das am Sonntag nachmittag im Komödienhaus aufgeführte Lustspiel von dem „etwas effizienten“ Dialektiker Stoskopf: „Ja's Koppe's Apothek“, seinen besonderen Reiz in dem mit allerlei fröhlichen Brocken gespickten Elsch-Düsch. Der Sandpapeter Kap. hat die Marotte, seine impulsiven Entschlüsse auf Postkarten vor sich zu geben, die er vorsichtshalber nicht abschickt. Er sammelt jedoch diese Karten, um von der Post das unüberbrauchte Porto wieder herauszubekommen. Mit den Ertrügnissen mehrerer Jahre scheidet er sein Fraktionsschamperitz, den „Général“, zur Post. Der Kaulheid Schampertitz hat wieder einen seiner großen feuchten Tage der Erinnerung an die Schlacht von Regenia und steckt die Karten in den Briefkasten. Für die Absender ergeben sich daraus die tollsten Verlegenheiten, deren sie sich schließlich nur noch durch ihr selbsterfundenes Schlafmittel zu erwehren wissen. Das lustige Stückchen, eine ergötzliche Spießbürgererei, wurde unter Leitung von Prof. Alfred Pellon recht flott gespielt. Das Publikum kam aus dem Saal nicht heraus.

„Platz der Republik.“

Schluß mit dem „Königsplatz“ verlangt die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion. Sie beantragt: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Die Versammlung ersucht den Magistrat, die notwendigen Schritte zu tun, um den Königsplatz in „Platz der Republik“ umzubenennen.

Die Brückensperrung in Charlottenburg.

Durch die Sperrung der Schloßbrücke in Charlottenburg wird besonders der Arbeiterverkehr nach Siemensstadt in lästigster Weise erschwert. Abhilfe fordert ein in der Stadtverordnetenversammlung eingebrachter gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der Kommunisten und der Sozialdemokraten, der vorschlägt:

„Um die Verkehrsschwierigkeiten anlässlich der Sperrung der Charlottenburger Schloßbrücke für die Siemens-Arbeiterschaft wirksam zu beheben, wird folgendes beschlossen: a) daß die Straßenbahnbetriebs-G. m. b. H. bis zur Fertigstellung der Schloßbrücke in Charlottenburg, welche zurzeit für den Fahrverkehr gesperrt ist, einen Pendelverkehr bis zur Schloßbrücke einrichtet; b) von der Hardenbergstraße bis zur Marchstraße wird sofort ein Roigleis gelegt; c) gleichzeitig wird ein Roigleis im Laufe der Spree- und Sommeringstraße bis zur Kaiserin-Augusta-Allee angelegt; d) den Fahrgästen, welche umsteigen und auch den Pendelverkehr benutzen, darf kein neues Fahrgeld aberlangt werden.“

Neues Umformwert der Hochbahn.

Die Hochbahngesellschaft hat ein neues elektrisches Unterwerk in der Luckenwalder Straße neben dem Bahnhof Gleisdreieck erbaut, das gestern von den Vertretern des Polizeipräsidiums und der Reichsbahndirektion landespolizeilich abgenommen wurde. Das neue Werk soll dazu dienen, die Leistungsfähigkeit der Krafterzeugungsstätten erheblich zu verstärken, entsprechend den sich dauernd steigenden Ansprüchen des Betriebes. Im Verlauf der letzten Jahre mußte der Wagenlauf auf den Linien der Hochbahngesellschaft, insbesondere infolge des Ubergangsverkehrs mit der Nordbahn, schon erheblich vermehrt werden; eine weitere Verstärkung wird nach Betriebseröffnung der im Bau befindlichen Strecken, nämlich der Verlängerung der Nordbahn nach Neukölln und Tempelhof und der Linie vom Gleisdreieck nach dem Bismarckplatz eintreten, auf der dann direkte Züge vom Osten über den Rollendortplatz sowohl nach Schöneberg als auch nach dem Kurfürstendamm und umgekehrt verkehren werden. Bisher versorgte die Hochbahngesellschaft ihre eigenen Linien aus ihren beiden Kraftwerken an der Untersee und in der Trebbiner Straße. Jetzt wird die gesamte Stromerzeugung in dem Unterpremerwerk zentralisiert werden, und an die Stelle der bisherigen Anlagen in der Trebbiner Straße tritt das neue Umformwert.

Tilgung der Rüttgers-Anleihe der Gaswerke.

Ende 1923 hatten die städtischen Gaswerke, die damals gerade in eine Gesellschaft umgewandelt waren, durch Vermittlung der Rüttgers-Werke gegen Abschluß eines zehnjährigen Lieferungsvertrages eine Dollaranleihe aufgenommen, deren nominelle Höhe auf 8 Millionen Mark beschränkt war. Es wurden aber nur rund 2,5 Millionen Mark gegeben, wofür eine entsprechende Grundschuld auf verschiedene Gaswerke eingetragen werden mußte. Jetzt teilt der Magistrat in einer Vorlage der Stadtverordnetenversammlung mit, daß etwa 2 Millionen Mark dieser Dollaranleihe zurückgekauft worden sind und daß für den noch ausstehenden Differenzbetrag nur Banksicherheit gegeben wurde. Daraufhin ist die Grundschuld auf den Gaswerken völlig gelöscht worden, so daß die städtischen Werke jetzt von jeder hypothekarischen Belastung frei sind. Leider gibt die Vorlage keine Auskunft darüber, ob mit der Tilgung dieser Grundschuld und der Tilgung des Anleihebetrages auch ein Ablauf des Lieferungsvertrages erfolgt ist, dessen Abschluß bei den derzeitigen Verhandlungen von den Stadtverordneten als außerordentlich drückend empfunden wurde.

Anonyme Briefe.

Eine Telefonistin, Fräulein M., die sieben Jahre im Staatsdienst tätig ist, hatte sich vor dem Schöffengericht Schöneberg unter der Anklage der Amtsanmaßung, Rötigung, schweren Urkundenfälschung und Beleidigung zu verantworten. Sie hatte in ihrer beruflichen Tätigkeit häufig für einen Kaufmann F. gefälschte Besprüche zu vermitteln. Durch eine Unterhaltung der beiden kam es zwischen ihnen zu einem Rendezvous. Die Zusammenkünfte wiederholten sich so oft, daß die Telefonistin sich als Braut des Kaufmanns betrachtete. Dieser jedoch hatte gar keine Lust, sie zu heiraten und zog sich daher zurück. Nach einem Jahre etwa setzte eine Flut von anonymen Zuschriften ein, die den Kaufmann, der mit einer Witwenhelferin zusammenlebte, beleidigten. Unter diesen Zuschriften befand sich auch ein mit der Schreibmaschine geschriebener Brief, der „Schneider, Kriminalkommissar“ unterzeichnet war. Die Angeklagte wurde verdächtigt, diese Briefe geschrieben zu haben. Trotzdem der Schriftsachverständige erklärte, daß gewisse Schriftzüge der anonymen Briefe mit der Schrift der Angeklagten übereinstimmen, beantragten sowohl der Verteidiger als der Staatsanwalt Freisprechung, da sich derartige Übereinstimmungen in vielen fremden Handschriften ebenfalls finden. Das Schöffengericht folgte diesen Ausführungen und sprach die Angeklagte frei.

Gönnt den Erwerbslosen das Brot!

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der dem althergebrachten Unfug ein Ende machen will, Bauarbeiten auf Feuerwerken durch Feuerwehrlente ausführen zu lassen. Der Antrag lautet:

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 9. Dezember.

Außer dem üblichen Tagesprogramm: 3.30 Uhr nachm.: Jugendbühne (Unterhaltungsgastunde). Die Funkprinzessin erzählt: „Der kleine Junge und sein Pferd“, von Georg Ruseler. Die Funkprinzessin: Elisabeth von Elka. 4.30 bis 5 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kauffman. 6.45 Uhr abends: Schriftsteller Georg Hamberger: „Vom alten Berliner Weihnachtsmarkt“. 7.15 Uhr abends: General Schloß-Pascha: „Die Mossulfrage und der Petrolkrieg in Vorderasien“. 7.45 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Hochschulkurse). Abteilung Rechtswissenschaft. Oberregierungsrat Dr. Ludwig Laß: „Einführung in die soziale Gesetzgebung“. 8.30 Uhr abends: Sende-Spiele. Abteilung Schauspiel. Spielzeit 1925/26. Leitung: Alfred Braun. Spielzeit 1925/26. 7. Veranstaltung: „Im weißen Rössl“. Lustspiel in drei Aufzügen von O. Blumenthal und G. Kadelburg. Personen: Josepha Vogelhuber, Wirtin zum weißen Rössl; Elvira Bach; Leopold Brandmeyer, Zahlkellner; Viktor Schwarze; Wilhelm Giesecke, Fabrikant; Erwin Koop; Ottilie, seine Tochter; Eva Hölzberg; Charlotte, seine Schwester; Lucie Euler; Walter Hinzemann, Privatgelehrter; Richard Wirth; Klärchen, seine Tochter; Tony Rapprecht; Dr. Otto Siedler, Rechtsanwalt; Alfred Braun; Artur Süßheimer; Loidl, Bettler; Resie, seine Nichte; Assessor Bernbach; Emmy, seine Frau; Käthe Schmidt; Melanie Schmidt; Forststrat Kracher; ein Hochtourist; ein Reisender; Kathl, Briefbotin; Franz, Kellner; ein Piccolo; Mirzl, Stubenmädchen; Mali, Köchin; Martin, Hausknecht; ein Dampferkapitän; ein Bootsmann; Sepp, Gebirgsführer; Bäuerin; Bauernknecht; vier Portiers. Ort der Handlung: Das Salzkammergut. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt: Der Magistrat wird ersucht, unermüdet Anweisung an die Dienststellen der Feuerwerke zu lassen, daß Arbeiten, die nicht zum Beruf der Feuerwehrlente gehören, wie Bauarbeiten, sofort eingestellt und infolge der großen Erwerbslosigkeit von Erwerbslosen ausgeführt werden.“

Kommunisten verschänken Steuern.

Wie sie sich bei den Bürgern beliebt machen!

In der gestrigen Sitzung der städtischen Finanz- und Steuerdeputation wurde u. a. über die Erhebung der sogenannten Nachtbesteuerung bei Ueberziehung der Polizeistunde in der Silvesternacht verhandelt. Die Deputierten beantragten, von einer Erhebung dieser Steuer abzusehen. Diefem Antrag verhalten zum Siege — die Kommunisten. Sie sind offenbar der Meinung, daß die Stadt für die Unterstüßung der Erwerbslosen kein Geld nötig habe und daß man den Leuten, die sich in der Silvesternacht amüsieren wollen, kein Geld für die Erwerbslosen abknöpfen darf. Sie verschänken damit die runde nette Summe von 100 000 Mark. Mit dieser Art von Steuerpolitik werden die Kommunisten sich zwar bei den bürgerlichen Parteien sehr beliebt machen, aber kaum auf Verständnis bei den Kreisen stoßen, die jetzt nicht mit Unrecht von der Stadt Unterstüßung und Hilfe erwarten.

Kampf dem Schand! Im Bezirk Friedrichshagen wurde am Sonntag die Jugendchriften- und Buchausstellung des Bezirksamts in der Schulaula Petersburger Straße 4 eröffnet. Sie ist in gemeinschaftlicher Arbeit zwischen Jugendamt, Lehrerschaft, Schreibwarenhändler und Jugendbewegung entstanden und soll der Bekämpfung des Schundes in Literatur und Spielzeug dienen. Ein Rundgang durch die Ausstellung zeigt das gute Buch in vortrefflicher Auswahl nach Altersklassen geordnet. Für Kinder bietet die Spielzeugausstellung gutes und billiges Material. Die Ausstellung ist auch weiterhin täglich von 5 bis 9 Uhr geöffnet, am nächsten Sonntag von 2 bis 9 Uhr.

Geltungsdauer der Sonntagsfahrkarten zu Weihnachten. Für Reisen während der Feiertage gelten die Sonntagsfahrkarten diesmal, da in diesem Jahre der 27. Dezember auf einen Sonntag fällt, vom 23. Dezember 12 Uhr mittags bis zum 27. Dezember einschließlich.

Ein eigenes Amtsblatt des Polizeipräsidiums. Vom 1. Januar 1926 ab wird vom Polizeipräsidium Berlin ein Amtsblatt unter der Bezeichnung „Amtsblatt für den Landespolizeibezirk Berlin“ herausgegeben, das jeden Sonnabend erscheint und zum gesetzlichen Publikationsorgan für den genannten Bezirk bestimmt ist. Dieses Amtsblatt dient auch zur Veröffentlichung der Bekanntmachungen des Oberpräsidenten, des Bezirksausschusses, der Gerichtsbehörden usw. — Neben dem Amtsblatt wird vom gleichen Zeitpunkt ab ein „Deffentlicher Anzeiger“ herausgegeben, der insbesondere für gerichtliche Bekanntmachungen bestimmt ist.

Das Landeswohlfahrts- und Jugendamt der Stadt Berlin teilt folgendes mit: Seit vielen Jahren besteht die Sitte, daß Einwohner Berlins, anstatt sich beim Jahreswechsel in der üblichen Weise ihren Freunden und Bekannten durch Karten zu empfehlen, einen Geldbetrag zur Verwendung an bedürftige Personen zur Verfügung stellen. Da die Not in den Wintermonaten sich stets erheblich steigert, ist dringend zu wünschen, daß auch beim diesmaligen Jahreswechsel recht viele Mitbürger, der vorerwähnten Sitte folgend, zur Linderung der Not eine, wenn auch noch so kleine Gabe spenden. Einzahlungen können geleistet werden auf das Postkontokonto Nr. 22 der Stadthauptkasse Berlin oder unmittelbar bei dieser im Rathaus, Königsstraße, Zimmer 1. unter der Bezeichnung: „Depositenkonto, Spendenkonto des Landeswohlfahrts- und Jugendamtes, Abteilung Allgemeine Wohlfahrt“. Name und Stand der Geschenkgeber werden — ohne Angabe des eingezahlten Betrages — im Gemeindeblatt der Stadt Berlin bekanntgemacht.

Arbeiter-Winterport-Interessengemeinschaft Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 10. d. M., 7 1/2 Uhr, Sportplatz Richte, Baumhulsenweg. Wichtige Tagesordnung. Alle Winterpartiarbeiter sind zwecks Aufnahme in die Winterportgeräte-Versicherung mitzubringen. In jedem Wochentage mit Schnee Trainingsbetrieb und praktischer Kursus in Wäbelschlagen. Abfahrt 6 1/2, und 7 1/2 Uhr Stralau-Rummelsburg. Sonntags Aben und Spingerkurse in Gröb-Betten, Abfahrt 6 1/2, Uhr Gölzler Bahnhofs (Sonntags-Rückfahrkarte). Die Trodenkurs-Teilnehmer müssen zu den praktischen Übungen erscheinen.

Die alpenländische Winterwoche veranstaltet der Deutscherischer Deutscher Volkssbund gemeinsam mit anderen Verbänden in der Zeit vom 17. bis 20. Januar nächsten Jahres im Berliner Künstlerhaus. Die Schau wird den Besuchern vor Augen führen, was die Winterportplätze des deutschen Alpengebietes zu bieten haben. Die Ausstellung ist auch den verschiedenen Sportarten des Winters gewidmet. Alle Auskünfte durch den Deutscherischer Deutscher Volkssbund e. V., Berlin NW. 40, Schloß Bellevue.

Deutschland im internationalen Fremdenverkehr.

Das Zentralkomitee für Internationalen Tourismus, das kürzlich in Paris tagte, beschäftigte sich u. a. mit der Frage, unter welchen Bedingungen Deutschland an der Organisation dieses Vereins zur Hebung des internationalen Fremdenverkehrs zugelassen werden sollte. Die Schweiz erklärte sich ohne weiteres für die Zulassung, während Belgien geltend machte, daß Deutschland erst Mitglied des Völkerbundes sein müsse, und Frankreich eine vermittelnde Stellung einnahm. Bei der Abstimmung waren 15 Delegierte für und 7 gegen die Zulassung Deutschlands, die damit angenommen wurde. Die Leitung des Zentralkomitees wurde darauf beantragt, zur Ausführung des Beschlusses mit den deutschen Behörden, Reisebüros, Automobilclubs usw. in Verbindung zu treten.

Die 24-Stundenzeit im Eisenbahnfahrplan. Zahlreiche ausländische Bahnen sind bereits zur Anwendung der 24-Stundenzeit im Eisenbahnverkehr übergegangen. Auch in Deutschland sind Vordrungen mit dem gleichen Zweck im Gange, die von den Verkehrsvereinen und Verbänden sowie von den Handelskammern besonders unterstützt werden. Jetzt hat der Verkehrsverein Mannheim wohl zum ersten Male in Deutschland einen Fahrplan unter Anwendung der 24-Stundenzeit in seinem kleinen Reisehandbuch „Mannheim im Fernverkehr, Winter 1925/26“ herausgebracht.

70 Kähe verbrannt. Nach einer Meldung aus Odenlehen brach auf der Lokomotive Duißler Großfeuer aus, durch das der ganze Viehbestand, darunter 70 Kähe, und die gesamte Ernte vernichtet wurde.

Die Dodanlagen von Hull durch Feuer zerstört. Nach einer Meldung aus London sind die Docks von Hull durch Feuer zerstört worden. Der Schaden ist sehr bedeutend. Die Schiffe im Hafen mußten sich rald entfernen, desgleichen die Eisenbahnzüge, da die Gefahr bestand, daß das Feuer auf sie übergriff.

Wenn eine Frau ihr Haar kurz schneiden läßt ohne Erlaubnis oder gar gegen den Willen des Gatten; Ist dies ein Scheidungsgrund?

Wer uns diese Frage in höchstens 25 Worten auf einer Postkarte beantwortet, erhält ein Originalpaar Elida-Haarpflege und ein Stück Elida-Idealseife zu 20 gr. vollkommen kostenlos zugesandt. Auch wer sich für die Beantwortung unserer Frage nicht interessiert, sollte Elida-Haarpflege verwenden. Dieses sodafreie Luxusshampoo ist für 30 Pfg. in 30.000 Geschäften zu haben. Parfümerie Elida A.-G. Leipzig-Wahren, Abt. G. 3

Sozialistische Lehr- und Wanderjahre.

Von Louis Cohn.

IV.
Leipzig.

Ich wurde als dienstuntauglich erklärt, nicht etwa wegen meines Gesundheitszustandes, sondern weil der Bedarf an Einjährigen reichlich überdeckt war. Ich wollte daher bald wieder nach New York zurückkehren, gab aber endlich dem Drängen meiner Eltern nach, in Leipzig zu bleiben und in das väterliche Geschäft einzutreten. Bei meinem eiligen Abschiede von New York hatte mir Sorge ein Gruppenbild seiner Familie eingehändigt, das ich dem ihm befreundeten Liebknecht übergeben sollte. Gleich in den ersten Tagen meines Leipziger Aufenthalts wanderte ich in Liebknechts Wohnung in der Braustraße. Liebknecht und Bebel aber hatten bereits die ihnen im Hochverratsprozesse zubilligte zweijährige Festungshaft in Hubertusburg angetreten. Ich traf also nur Liebknechts zweite Frau Katalie in der Wohnung an; sie zeigte sich sehr erfreut über das Bild. An diesen ersten Besuch knüpfte sich ein reger Verkehr mit der Familie Liebknecht. Katalie Liebknecht, damals vielleicht eine Frau inmitten der dreißiger Jahre, hauste in der kleinen Wohnung in der Braustraße und sorgte hausfrauulich für die zwei Töchter aus ihres Mannes erster Ehe und ihre eigenen zwei Söhne Karl und Theodor. Der erstere machte ihr viel zu schaffen. Karl, ein unerbittlicher und eigenwilliger Burke, warf sich auf die Erde und schrie aus Weibesträften, wenn er nicht sofort seinen Willen bekam. Theodor, ruhiger und lenkbarer, wurde sehr oft von seinem Bruder mit fortgerissen. Schon in den ersten Wochen meines Verkehrs mit Katalie Liebknecht vertrat ich die Stelle des abwesenden Vaters, indem ich den Buben ein wenig gebrannte Fische verabreichte, wenn die Mutter ihrer nicht mehr Herr werden konnte. Diese Prozedur war freilich nicht im Sinne der Frau Katalie; denn sie war aufgewachsen in dem um Ludwig Büchner in Darmstadt gruppierten Kreise, dessen pädagogische Grundsätze die Prügelstrafe als Erziehungsmittel vollständig ausschloß. Frau Katalie war eine Frau von großer Intelligenz und Charakterfestigkeit und ihr lebhaftes Temperament wie auch ihr Neuhäres hatten sich in jeder Hinsicht auf ihren Sohn Karl übertragen. Sie war die Tochter des Darmstädter Rechtsanwalts Reh einst Mitglied des Frankfurter Parlaments. Marx machte einmal die boshafte Bemerkung, es sei aus ihm später ein Hase geworden.

Meine Besuche bei Frau Katalie mußte ich vor meinen Eltern verheimlichen. Um das zu begreifen, muß ich mit einigen Worten der Leipziger Kampfsituation gedenken, die übrigens mit denen in den meisten anderen Städten übereinstimmen. Die Sozialdemokratie war in Leipzig noch sehr schwach; der größte Teil der Arbeiterschaft war indifferent, ein anderer Teil direkter Gegner der Partei. Dazu kam, daß die einstige liberale Mentalität der Bürger der materiellen Heißtätigkeit der aufkommenden Bourgeoisie hatte weichen müssen. Sie ging in Begeisterung für Bismarck auf, und der Zubrang zum Nationalliberalismus war groß. Konnte es da wunder nehmen, wenn in den Kreisen der damaligen Bourgeoisie der größte Abscheu gegen die sozialdemokratische Bewegung herrschte? Sozialdemokraten wurden von ihr als Räuber, Verbrecher, Auswurf der Menschheit angesehen. Keinen größeren Schmerz hätte ich meinen, in solchen Anschauungen lebenden Eltern antun können, als mich öffentlich als Sozialdemokrat zu betätigen. Zwar machte ich ihnen gegenüber kein Hehl aus meiner Gesinnung, aber dagegen hatten sie auch gar nichts einzumenden; nur eine öffentliche Bekundung dieser Gesinnung hätten sie auch aus gesellschaftlichen Gründen für eine schwere Schädigung und Kränkung ihres Ansehens betrachtet. Bei Frau Katalie lernte ich auch A. D. Hepner und Wilhelm Bloß kennen, mit dem mich Jahrzehnte lang freundschaftliche Beziehungen verbanden. Ebenso wurde ich auch dort mit Frau Bebel bekannt, einer sympathischen und lebenswürdigen Persönlichkeit, an der ich in späteren Jahren besonders die immer gleichbleibende Einfachheit bewunderte. Ihr Wesen entsprach durchaus dem Bilde, das ihr Mann in seinem Buche „Aus meinem Leben“ später von ihr entwarf. Der Verkehr mit diesen zwei vorzüglichen Frauen entschiedigte mich dafür, daß ich die nähere Bekanntschaft ihrer Männer erst nach dem Ablauf ihrer zweijährigen Haft machen konnte.

Der Mittelpunkt parteigenösslicher Zusammenkünfte bildete damals der Arbeiterbildungsverein und für einen kleineren Kreis der Thüringer Hof in der Burgstraße. Bürgerliche Demokraten wie Prof. Kochmähler und Dalge hatten den Bildungsverein gegründet. Mit Erstarkung der sozialistischen Bewegung in Leipzig zogen sie sich zurück und Bebel blieb bis zum Eintritt seiner Haft in Hubertusburg Vorsitzender des Vereins. War ich bei meinem Eintritt in die Internationale in New York in das Kreuzfeuer zwischen Bakuninisten und Marxisten geraten, so empfing mich in Leipzig das heftige Kampfgetöse zwischen den Eisenachern und Cassellern. Die letzteren waren zwar nicht in Massen vorhanden, aber sie versuchten durch Verammlungen ihre Werbungsarbeit im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu erhöhen. Ihr Führer war der etwas sentimentalistisch und apostelhaft angehauchte Schneider Köhling, ein ganz lieber Mensch, mit dem ich zufällig bekannt wurde.

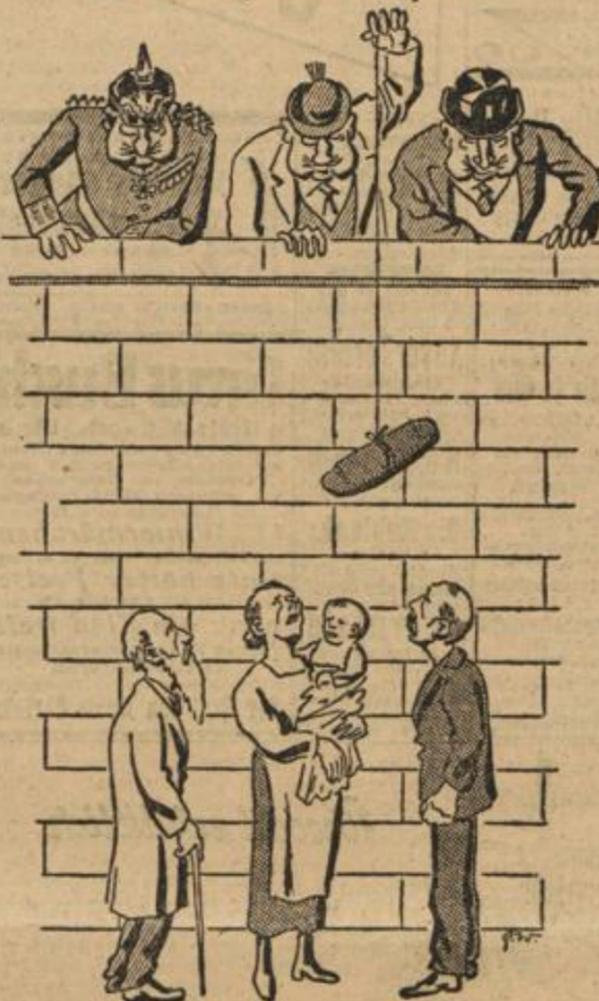
Der enge Kreis der Sozialisten aus bürgerlichen Kreisen erleichterte die Anknüpfung persönlicher Beziehungen und freundschaftlichen Verkehrs. In dem im „Schönenhause“ jeden Sonnabend abend versammelter Schriftstellerklub, einer zwanzigköpfigen Vereinigung verschiedenartiger Elemente, erliefen ich regelmäßig und erhielt dort viele Anregungen. Besonders durch den Prof. Heinrich Wuttke, das „Reichswiel“ des Frankfurter Parlamentes und Verfasser des bekannten Buches: „Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung“. — In ihm hatte er erstmalig auf die noch in ihren Anfängen stehende Prehorrupation hingewiesen. Wuttke, eine Gnomengestalt mit lang herabfallenden Haaren, war der Typus eines deutschen Professors der alten Zeit; ein höchst geistreicher Mensch mit bedeutender Rednergabe, aber sonst mit Absonderlichkeiten aller Art behaftet. So trug er Sommer und Winter in seinem Hause in Reudnitz einen langen Pelz, selbst wenn er in seinem schönen Garten schriftstellerisch arbeitete. Obgleich Nichtraucher, leste er seinen Besuchern vorzügliche Importen vor. Mir legte er einmal dar, daß der Tabakgenuss nicht im Selbstrauchen, sondern im Einfaugen des Tabakaromas bestünde. Dabei mußte sein Diener ihm nach dem Mittagessen eine seiner Importen vorkrauchen. In Casselle tadelte er, daß er seinen Bazarren nicht das ihnen gebührende Lob erteilt hätte. Wuttke hatte, obgleich er dem Sozialismus fremd gegenüber stand, sich gleich bei dem Auftreten Lassalles zu ihm öffentlich bekannt.

In diesem Schriftstellerklub lernte ich auch den alten Cramer, einst Redakteur der Robert Blum'schen „Sächsischen Vaterlandsblätter“ und dessen Sohn Richard als Dichter, unter dem Namen Rudolf Savant in bester Erinnerung, kennen. Uns verband bald eine innige Freundschaft. Savant war als Produkt eines großen Leipziger Importhauses gezeugt, sich aus ähnlichen Gründen wie ich der öffentlichen Betätigung als Sozialdemokrat zu enthalten. In selbstloser Weise stellte er seine Fähigkeiten in den Dienst der Arbeiterbewegung und der Partei. Seine zahllosen, durchweg formvollendeten Beiträge in der Leipziger Parteipresse, dem „Wahren Jacob“ und anderswo übten eine bedeutende Wirkung aus. Savant erfreute sich einer fabelhaften Produktivität. Das

Dichten war ihm geradezu Lebensbedürfnis. Eine besondere Wirkung brachte sein an ein freches Wort Büttamers anknüpfendes Gedicht: „Die Plinte schießt, der Säbel haut“ hervor.

Die Bekanntschaft mit Liebknecht und Bebel erlangte ich durch die Teilnahme an einem der sonntäglichen Besuche ihrer Frauen in Hubertusburg. Von dem Entzug ihrer persönlichen Freiheit abgesehen, erfreuten sie sich dort eines guten Wohlbefindens. Insbesondere trug der Aufenthalt in Hubertusburg wesentlich zur Kräftigung der angegriffenen Gesundheit Bebel's bei. Diese Besuche dienten auch dazu, die Manuskripte für den „Volks-

Nur nicht verwöhnen!



Ihr lernt die Bedürfnislosigkeit
Als Dienst am Vaterland in großer Zeit.
Die Zeit ist viel zu ernst für Magenfragen.
Soll'n wir die Kosten für die Fürsten tragen?
Durch Not zur Monarchie! Durch Nacht zum Licht!
Das Hungern ist die erste Bürgerpflicht!

staat“ nach Leipzig zu befördern. Da die von den Gefangenen an ihre Familien gerichteten Briefe nicht der Durchsicht der Verwaltung unterliegen, so enthielten auch sie unter Verkleidung in familiäre Mitteilungen genügend Material für die Schriftleitung. Ueberhaupt zeichnete sich der Strafvollzug für politische Verbrecher in jener Zeit in Sachen vor dem später angewendeten Systeme sehr vorteilhaft aus. Die „Politischen“ hatten in Leipzig zweimal wöchentlich Ausgang in die Stadt — der formelle Vorwand dazu bildete immer, „ein Bad zu nehmen“ —, unter diskreter Begleitung eines Gerichtsdieners. Der wurde in einer Wirtschaft sesshaft gemacht und blieb da solange, bis ihn der Gefangene von dort wieder abholte, was oft sehr spät abends erfolgte.

Nachdem Liebknecht und Bebel der deutschen Freiheit wiedergegeben waren, verkehrte ich mit ersterem und seiner Familie noch häufiger als früher. In Liebknecht verbanden sich mit tiefer wissenschaftlicher Bildung und besonderen literarischen Talenten ein fast kindliches Gemüt und eine begeisterte Liebe zur Natur. Unsere häufigsten Spaziergänge, an denen auch bisweilen die Familie Bebel teilnahm, richteten sich nach Connemig. Um den Menschen Liebknecht richtig zu werten, mußte man außerhalb seiner politischen Tätigkeit mit ihm verkehren; dann traten die lebenswürdigen Seiten seines Wesens, die Anpruchslosigkeit, die künstlerische Aufnahmefähigkeit und die Ehrlichkeit des „Alten“ erst in das hellste Licht. Wieviel Befehrig und zugleich Genüß boten mir seine Exkurse in historische, politische und naturwissenschaftliche Gebiete!

Jedenfalls ergänzten sich die auf verschiedenartigen Entwicklungsstufen emporgestiegenen Dystorien Liebknecht und Bebel trotz öfteren heftigen Auseinandersetzungen aufs glücklichste. War doch beiden die unerschütterliche Ueberzeugung eigen von der Bestimmung der Arbeiterklasse, die Menschheit durch Ueberwindung des Kapitalismus einer höheren Kultur zuzuführen. Aber über das Tempo gingen die Ansichten manchmal sehr weit auseinander. Und merkwürdig: der sonst in taktischen und organisatorischen Dingen so nüchtern denkende Bebel überholte den impulsiven Liebknecht meistens in der Einschätzung des kürzeren Terms der Bewirklichung des Zukunftsstaats. Als ich mich während des Sozialistengesetzes anfangs der achtziger Jahre an der von dem Leipziger Buchhändler Fintel eingeleiteten demokratischen Bewegung beteiligte, um ein Ventil gegen die Unterdrückung der Partei zu benutzen, wollte ich Bebel zu einem Zusammengehen bei der Landtagswahl mit dieser ad hoc geschaffenen Demokratie bestimmen. Aber da kam ich schon an! Koch sehe ich Bebel vor mir wie er im Zimmer hin und her rennend und in seinen langen Haaren während mich von der Kugelsicherheit eines solchen gemeinschaftlichen Vorgehens zu überzeugen suchte. „Sehen Sie denn nicht ein“, fuhr er mich an, „daß in längstens 15 Jahren, jedenfalls noch vor dem Ablauf dieses Jahrhunderts der Zukunftsstaat Tatsache sein wird? Wozu brauchen wir da noch solche Kompromisse einzugehen?“

Der Fürt am Telephon. Nach einer Meldung aus Hongkong hat die dortige Telephongesellschaft ihre Kundenschaft benachrichtigt, daß sie gezwungen sei, die Beiträge mit allen denjenigen Teilnehmern zu lösen, die mehr als dreimal ercappt wurden, daß sie ihre Anschlüsse zu Fürtis mit den Telephonbändern benutzen. Immerhin, dreimal...

Jugendliteratur der Parteiverlage.

An die Spitze der in diesem Jahre neu erschienenen Jugendliteratur gehört das bei A. H. B. Diez herausgegebene Büchlein des Bremer Lehrers Carl Danz „Peter Stoll“, ein Kinderleben, von ihm selbst erzählt, mit Zeichnungen von Max Graef. Das Leben eines, nein vieler, Proletarierjungen in der Hafenstadt zieht an einem vorüber, psychologisch fein nachgeföhlt und trotz aller sozialen Tragik mit einem warmen Humor gezeichnet. Dieses Buch kann man wieder und wieder lesen, abschneitweise, im Zusammenhang, es verliert nichts von seinem ursprünglichen Reiz. Ein Buch für Alte und Junge, das von der Ideenwelt des Sozialismus und dem Hissen heralischen Kampf des Arbeiters erfüllt ist. Auch die Ausstattung des Buches ist originell und geschmackvoll. Im gleichen Verlag erschienen noch zwei Märchenbücher „Die Reise mit dem Lumpensack“ von Julius Zerfah und „Der Wünschebold“ von Hilde Krüger, beide Bücher wieder von Max Graef illustriert. Die Märchen des Dichters Zerfah schöpfen mitunter auch aus sozialen Quellen, sie sind zum größten Teil mit lebenswürdiger Phantasie gewoben, bunt und leicht, wie man das vom Märchen verlangt, leider fühlt man öfters zu sehr den belehrenden Ton des Erwachsenen. Es ist erstaunlich, daß die Welt der Großstadt noch nicht mehr Märchen hervorbrachte, die aus der Phantasie ihrer Kinder — „Peter Stoll“ ist ein Kronzeuge dieses reichen Innenlebens — entstehen. Die hübschen Märchen von Hilde Krüger treffen den Märchentypus noch mehr, aber sie erzählen gar zu viel vom Himmel, Engeln und der Jungfrau Maria, je selbst sentimentale Weihnachtseseln treten auf. Diese himmlische Welt ist schon so überreich und wunderbar besungen worden, daß für einen verspäteten und schwachen Nachklang keine Notwendigkeit vorlag. Das ist keine Unzulässigkeit, doch die irdische Welt selbst mit Märchen bunt gestalteter Sehnsucht zu erfüllen, sollte wohl näher liegen. Im Verlag der Fränkischen Verlagsanstalt, Nürnberg, erschienen A. R. de Sings „Diderte und Bohnenkänge auf der Weltreise“ in zwei Folgen, übersetzt von Georg Gärtner. Die reizvoll ausgestatteten Büchlein — leider ist das Format verschieden — tragen auf jeder Seite eine bunte Zeichnung von G. von Raemond. Die Abenteuer der beiden Jungen, die als Ausreißer auf dem Schiff ihrer Väter eine Weltreise machen, werden sicherlich jedes Jungherz erfreuen. Es sind harmlos heitere, mitunter durstige Geschichten, die bis ins Unendliche fortgesetzt werden können. Der erste Band zeigt ihr Abenteuer beim und nach dem Ausreißer, der zweite bringt „kalten Aufschütt“, das heißt tollen Lügenalats, die der Bootsmann von seinem gezähmten Haiisch erzählt. Bruno Schönant.

Wo alles fliegt...

Australien hat den ungeheuren Vorteil erkannt, der seinen dünnbesiedelten Staaten durch die Flugkunst erwächst, und in keinem anderen Lande stützt das Flugzeug so viel Segen wie hier, wo die Ansiedler zum großen Teil viele Hunderte von Kilometern von der nächsten Eisenbahn entfernt wohnen. Das Eisenbahnen der sechs australischen Staaten liegt noch sehr im argen und berührt hauptsächlich die Küsten. Da die verschiedenen Gesellschaften ihre Sonderanrichtungen haben, so ist das Reisen mit diesen Bahnhöfen eine Reihe von Aufenthalt und Unannehmlichkeiten. Es gibt nur eine einzige Linie von Fremantle im Westen nach Adelaide, Melbourne und Sydney, die durch den Kontinent führt; aber man muß beständig umsteigen, und weite Teile des Landes werden dadurch nicht erschlossen. Im übrigen gibt es nur kurze Strecken, die sich von den Küstenstädten in den Urwald hineinwagen und sehr rasch ein Ende finden. In einem großen Teil des Landes aber wohnen weitläufig verstreut einzelne Siedler, die von der Welt so gut wie abgeschlossen sind, und eine Romanabbevölkerung von Eingeborenen, die auf der niedrigsten Stufe der Kultur stehen und sich m...jellig von Vögeln, Wild, sogar von Schlangen und Eidechsen ernähren. Unter solchen Umständen wird das Flugzeug als eine wahre Erlösung begrüßt, und so kommt es, wie Percival Phillips nach einer Reise durch Australien berichtet, daß dort „alles fliegt“.

Besonders wichtig ist das Flugzeug für die Ärzte. Ungeheure Gebiete werden dort von einem einzigen Arzt versorgt, so z. B. das ganze „nördliche Territorium“ von Dr. Johnes in Darwin, der telegraphisch Patienten über eine Entfernung von 2000 Kilometer behandelt. Die Hilfesuchenden müssen in manchen Fällen an die 100 Kilometer bis zum nächsten Telegraphenamt reisen; denn müssen sie den Arzt verständigen, und dieser gibt ihnen nun von dem Postgebäude in Darwin aus seine telegraphischen Anweisungen. Die Rezepte werden dann von einer medizinischen Station ausgeführt, von denen 200 über das Gebiet verteilt sind. Andere Teile des Innern sind aber überhaupt für einen Arzt telegraphisch nicht erreichbar; es gibt dort keine Schulen und keinen Gottesdienst. „Das Flugzeug schafft nun eine wunderbare Veränderung im Leben dieser Hinterwälder“, schreibt der Verfasser. „Ärzte und Zahnärzte machen Krankenbesuche durch die Luft. Lehrer fliegen von Schule zu Schule. Ein Luftpostdienst ist vielfach eingerichtet, der nicht nur Briefschaften und Pakete, sondern auch Passagiere befördert. Sogar die Religion wird durch fliegende Missionare den einsamen Bewohnern nahegebracht. Zwar ist der regelmäßige Verkehr erst in den Anfängen, aber der Luftdienst dehnt sich beständig aus und wird immer mehr verbessert. Ein regelmäßiger Verkehr besteht bereits zwischen Perth und Derby auf einer Strecke von 2000 Kilometern. Es ist der längste Luftverkehrsweg der Welt. Die Kinder erhalten eine systematische Erziehung durch Lehrer, die an bestimmten Tagen der Woche die Jugend eines Bezirks zu Stunden vereinigen, zu denen sie angestiegen kommen. Die australische Inlandmission hat das Innere des Kontinents in Gebiete von je 400 Quadratkilometern geteilt, die mit dem Flugzeug besucht werden.“

Deutsche Goldfische. Die Goldfärbung, die hier und da in der Tierwelt auftritt, ist eine Vorstufe zur Weißfärbung, dem sog. Albismus. Bei dieser Goldfärbung sind die Fischkörper mit einem gelbgefärbten Stoff gefüllt, der der Färbung des Tieres eine goldige Farbe verleiht. Am bekanntesten ist uns diese Goldfärbung bei den Fischen, wo sie verhältnismäßig häufig auftritt. Die ältesten Goldfische, die bei uns so viel gehalten werden, sind meistens Goldtararischen und stammen aus China. Neben der Karasche neigt besonders der Karpen zur Goldfärbung, und auch der Goldtarpsen wird im fernen Osten gezüchtet, wo er den Namen Hi-gol, d. h. Feuerkarpen führt. Nun sind aber durchs nicht alle Goldfische bei uns chinesischer oder japanischer Herkunft, sondern es gibt auch, wie Karl Kroner in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ ausführt, blaß goldgelb gefärbte Karpen und Karasche, die in unseren heimatischen Gewässern vorkommen. Die Goldfärbung bildet in ihren Züchtungen eine große Anzahl von Spielarten aus, die unter den verschiedensten Namen, wie Schellerschwanz, Teleskopfisch usw., in den Handel kommen. Diese Zuchtprodukte stammen aber durchweg aus dem fernen Osten und dürfen daher nicht zu den deutschen Goldfischen gerechnet werden. Man trifft in heimischen Freilandgewässern die Goldfische, die in Böhmen und Schlesien in eigenen Teichen gezogen und hauptsächlich zur Beflegung von Gartenbassins verwendet wird; sie stammen von der Grünfische her. Eine andere goldgelbe Form stammt von dem Mond und ist unter der Bezeichnung Goldborste allen Freunden der Aquarien bekannt; sie wird in großer Zahl bei Dinkelbüß in Bayern gezogen. Goldgelb gefärbte deutsche Fische sind außerdem von den verschiedensten Arten, wie Flugbarich, Kol, Wels, Flunder und Quappe freilebend festgestellt worden.

Abschaffung der Geschäftsaufsicht.

Ein gerichtliches Vergleichsverfahren.

Die Reichsregierung bereitet einen Gesetzentwurf vor, der die „Geschäftsaufsicht“ beseitigen und durch ein Vergleichsverfahren ersetzen soll. Die Einrichtung der Geschäftsaufsicht hat sich bekanntlich nicht bewährt. Sie gab vielen Firmen, die in ernstliche Schwierigkeiten geraten waren, die Möglichkeit, ihre endgültige Auflösung im Wege des Konkurses noch monatlang hinauszuzögern. Das bedeutete naturgemäß, daß die Gläubiger solcher Firmen, die sich unter Geschäftsaufsicht begeben hatten, lange Zeit in Unsicherheit darüber blieben, welchen Teil ihrer Forderungen sie zurückerhalten würden. Durch die Neuregelung soll eine Beschleunigung des Verfahrens erreicht werden, mit der Wirkung, daß schnell klare Verhältnisse entstehen und doch die Waren- und Vermögensbestände der zahlungsunfähig gewordenen Betriebe ohne Veräußerung in andere Hände übergehen können — mit der Wirkung, daß ein reichlicheres und dringenderes Angebot an Sachwerten nun auch zu einer Herabsetzung der Preise führt.

In Zukunft wird eine zahlungsunfähige Firma, soweit sie noch nicht als konkursreif anzusehen ist, nur noch das Recht haben, ein gerichtliches Vergleichsverfahren zwischen sich und ihren Gläubigern herbeizuführen. Während bisher zu einem solchen Vergleich die Einstimmigkeit aller Gläubiger erforderlich war, ergibt sich nach dem Gesetzentwurf, soweit er bisher bekannt ist, die Möglichkeit, einen gerichtlichen Vergleich auch dann durchzuführen, wenn einzelne Gläubiger widersprechen. Damit soll vermieden werden, daß einzelne Gläubiger eine allzu große Macht erhalten, die sie zur „Ausschlachtung“ der Schuldner-Firmen gebrauchen könnten. Zu dem Beschluß soll eine qualifizierte Mehrheit der Gläubiger erforderlich sein. Der Vergleich muß in verhältnismäßig kurzer Zeit — in der Regel binnen 6 oder 8 Wochen — zustandekommen. Gelingt es dem gerichtlichen Vergleichsverfahren nicht, einen Vergleichsbeschluß zustande zu bringen, so tritt dann sofort der Konkurs ein, ohne daß noch ein besonderer Antrag hierzu erforderlich wäre.

Der Gesetzentwurf wird wahrscheinlich schon bald dem Reichstag zugehen, der dann zu prüfen hat, ob das neue Verfahren, das die Stellung des Gläubigers stärkt und einen Druck auf die Lage des Schuldners bedeutet, eine ausreichende Sicherheit dafür bietet, daß sich die erwünschte „Wirtschaftsbereinigung“ mit seiner Hilfe schnell und wirksam genug durchsetzt, ohne daß damit allzu große Härten und eine Rechtsunsicherheit entstehen.

Einzelheiten des Entwurfs.

Aus dem Entwurf, der gestern veröffentlicht worden ist, sind folgende Einzelheiten hervorzuheben:

Der Schuldner kann, wenn er zahlungsunfähig geworden ist oder wenn Ueberschuldung vorliegt, bei dem zuständigen Gericht die Eröffnung eines gerichtlichen Vergleichsverfahrens beantragen. Damit wird jedes andere Abkommen des Schuldners oder anderer Personen mit einzelnen Gläubigern, durch welches diese bevorzugt werden, nichtig. Dem Antrage sind beizulegen die Adressen der Gläubiger, eine Vermögensaufstellung, die

schriftliche Erklärung der Mehrheit der an dem Verfahren beteiligten Gläubiger, die zugleich drei Viertel der Gesamtsumme der von dem Vergleich betroffenen Forderungen darstellen müssen, daß sie mit der Eröffnung eines Vergleichsverfahrens einverstanden sind“ usw. Das Gericht kann, um eine Entscheidung über den Antrag herbeizuführen, die zuständige Vertretung des Handels, Handwerks, der Landwirtschaft usw. anhören. Die Entscheidung muß aber spätestens in drei Wochen nach dem Eingang des Antrages getroffen werden. Eine Ablehnung des Antrages ist aus verschiedenen Gründen, z. B. wegen Mangels an Masse, wenn der Offenbarungseid geleistet ist, wenn ein Verfahren wegen betrügerischer Bankrotts, Glücksspiels usw. schwebt, möglich. Wird dem Antrage stattgegeben, so ist ein Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag zu bestimmen. Der Schuldner darf während „der Dauer des Verfahrens (§ 24) sein Einkommen nur insoweit für sich verbrauchen, als es zu einer bescheidenen Lebensführung für sich und seine Familie unerlässlich ist“. Bei Eröffnung des Verfahrens kann das Gericht, widerrüchlich, eine Vertrauensperson, für die durch die Gläubiger Vorschläge zu machen sind, bestellen. Erscheint diese Bestellung entbehrlich, so kann das Gericht darauf verzichten. Die Vertrauenspersonen können (§ 32) „von dem Schuldner die Erstattung ihrer angemessenen baren Auslagen und die Zahlung einer angemessenen Vergütung verlangen“.

In dem Verhandlungstermin selbst wird über den vom Schuldner zu erbringenden Vergleichsvorschlag beraten. Auf Verlangen eines am Verfahren beteiligten Gläubigers hat der Schuldner im Vergleichstermin den „Offenbarungseid“ dahin zu leisten, daß er sein Vermögen so sorgfältig angeben habe, als er dazu imstande sei und er insbesondere „keine Schulden verschwiegen und keine erdichteten Forderungen aufgestellt“ habe (§ 46). Der Schuldner hat persönlich zu erscheinen. Eine Vertretung ist nur in besonderen Fällen zulässig. Am Abschluß eines Vergleichs ist erforderlich, daß erstens die Mehrzahl der an dem Verfahren beteiligten Gläubiger dem Vergleich zustimmt und zweitens die Gesamthöhe der Forderungen der zustimmenden Gläubiger wenigstens 75 Proz. der Forderungen der an dem Verfahren beteiligten Gläubiger beträgt. Die Mehrheiten berechnen sich nach den im Vergleichstermin anerkannten Forderungen. Der Vergleichstermin kann auf Antrag von 75 Proz. der erschienenen Gläubiger verlagert werden, wenn zu erwarten ist, daß der neue Termin zu einem Vergleich führen wird. Der neue Termin ist alsbald zu bestimmen und „darf nicht über zwei Wochen hinaus anberaumt werden“. Eine nochmalige Verlegung ist aber unzulässig (§ 51). Kommt es zu einem Vergleich, so bedarf dieser der gerichtlichen Bestätigung. Der Vergleich kann verworfen werden, und zwar, wenn das Vergleichsverfahren nachträglich unzulässig wird oder sich herausstellt, daß eine Eröffnung durch das Gericht abgelehnt hätte werden müssen. Für eine Vermerkung des Vergleichs genügt auch die Feststellung, daß der Vergleich unlauter ist und „dem gemeinsamen Interesse der beteiligten Gläubiger widerspricht“ (§ 53). Wird der Vergleich verworfen, so ist zugleich, auch wenn ein Antrag nicht gestellt worden ist, zu entscheiden, ob das Konkursverfahren zu eröffnen ist.

Wie die Regierung betont, soll die Neuregelung bald erfolgen. Der Entwurf ist dem Reichsrat bereits zugeleitet worden. Der Entwurf sieht aber für die Abwicklung der schwebenden Geschäftsaufsichten entsprechende Fristen vor.

tischen Ausschuss überwiesen. Dieser hat jetzt mit schwacher Mehrheit sich auf den Boden dieser Forderungen gestellt. Aus Kreisen der Exporteure wird nun mitgeteilt, daß beim Festhalten an diesen Forderungen die ernste Gefahr besteht, daß die bisher ganz günstig verlaufenen Verhandlungen mit Spanien erneut in Frage gestellt werden. Man verweist darauf, daß seinerzeit nach Abschluß des bald darauf gekündigten deutsch-spanischen Handelsvertrages den Wägern zahlreiche Vorteile, gewissermaßen als Ausgleich, bewilligt wurden, wie z. B. Erlass der Weinsteuer und Zuckerversteuer, Kreditbeihilfen, Beihilfen zur Schädlingsbekämpfung usw. Nach Meinung sachmännlicher Seite wird der Wert dieser Vorteile ungefähr dem Werte der deutschen Weinproduktion eines ganzen Jahres gleichkommen. Es wäre nur recht und billig, wenn jetzt die Wägen sich zu einem Entgegenkommen bereit zeigten, da durch ein erneutes Scheitern der Handelsvertragsverhandlungen mit Spanien der deutschen Gesamtwirtschaft erneut großer Schaden entstehen würde.

Die Bilanz der Reichspost.

Die Deutsche Reichspost legt soeben den Geschäftsbericht für das Wirtschaftsjahr 1924 vor. Aus dem sehr eingehenden Jahresbericht ist die Gestaltung der Einnahmen und Ausgaben besonders interessant, wobei ein zahlenmäßiger Vergleich mit 1923 infolge des Währungsverfalls nicht möglich ist:

Einnahmen.	Mill. M.	% d. Gesamteinn.
1. Postwesen, Postgebühren	726,6	907,7
sonstige Einnahmen	181,1	
(einkl. Postverträge)		
2. Telegraphie (einkl. Funktweifen)	98,0	5,9
3. Fernsprechwesen	648,8	89,2
Gesamteinnahmen	1 654,0	
Ausgaben.	Mill. M.	% d. Gesamtausg.
A. Fortdauernde Ausgaben		
1. Verändliche Ausgaben	862,5	54,4
2. Ständige Ausgaben	570,5	86,0
B. Einmalige Ausgaben	152,2	9,6
Gesamtausgaben	1 585,2	
Schlus:		
Gesamteinnahmen	1 654,0	
Gesamtausgaben (fortdauernde und einmalige)	1 585,2	
mithin Ueberschuß	68 8	

Am Schlusse des Berichtsjahres betrug der Stand der Rücklage 82,7 Mill. Mark. Der wirklich erzielte Gesamtüberschuß übersteigt den veranschlagten Ueberschuß von 29,2 Mill. Mark um 39,6 Mill. Mark. Dabei sind vor der Feststellung des Ueberschusses u. a. Abschreibungen in Höhe von 108 Millionen und Rücklagen in Höhe von 83 Millionen abgebucht worden; außerdem wurden dem Betriebsmittelfonds 40 Mill. Mark zugeführt, ferner wurde an Bayern und Württemberg eine Entschädigung von 50 Mill. Mark gezahlt.

In dem Ausblick wird zum Schluß gesagt, daß der Rückschluß von der günstigen Entwicklung 1924 auf das Jahr 1925 noch nicht berechtigt sei. Die Reichspost wird bestrebt sein, ohne wesentliche Hemmungen ihre Wirtschaft- und Verkehrspolitik den Bedürfnissen der allgemeinen Volks- und Weltwirtschaft schnell und nachweislich anzupassen.

Abbruch der Eisentrustrhandlungen.

Von beteiligter Seite wird der „Konjunktur-Korrespondenz“ über den Stand der Verhandlungen über die Bildung eines deutschen Eisentrustrs folgendes mitgeteilt:

Am Sonnabend, den 5. Dezember, wurde in Düsseldorf weiter verhandelt. Man war allgemein der Meinung, daß, nachdem die Besprechungen der letzten Wochen keinerlei positives Ergebnis gezeigt hatten, sie nunmehr in dieser Sitzung endlich zu Beschlüssen kommen würden. Sie immer, war auch hier die Quotenfrage scharf umstritten. Zuletzt wurden von einem der vier beteiligten Konzerne noch Forderungen aufgestellt, die für die übrigen Interessenten unannehmbar waren. Aber auch die Personenfrage scheint hier im Vordergrund gestanden zu haben, und es scheint, daß sich die Lage bei der Sonnabendverhandlung deshalb etwas zugespitzt hat. Man hat dagegen in weiten Kreisen die Ueberzeugung gewonnen, daß es zweckmäßig ist, die Verhandlungen vorläufig einmal abzubrechen, als in dem augenblicklichen Stadium weiter zu verhandeln. Ob man in dieser Sache noch im laufenden Jahre einmal zusammenkommt, scheint fraglich, jedoch soll die Führungsnahme der Interessenten untereinander weiter bestehen bleiben.

Industrielle Beschäftigung und kommunale Auslandsanleihen.

In der Generalversammlung der Banag. Reguin. A.-G. deren Geschäftsbericht und Bilanz von uns schon besprochen ist, wurden von der Verwaltung über die Ausstellungen folgende Ausführungen gemacht: Diejenigen Werke des Unternehmens, die an den Steinkohlenbergbau und an die Hüttenindustrie gebunden sind, leiden unter dem Mangel an Aufträgen. Die wenigen Aufträge, die herinkommen, stammen aus den Gegenden westlich des Rheins und aus dem Auslande. (Werkwärtigerweise hat die Verwaltung über die beabsichtigte Stilllegung des Ruppacher Werkes keine Mitteilungen gemacht. Die Red.) Die Abstellungen, die sich mit der Herstellung von Triebwerken befassen, also in erster Linie die Dessauer Fabriken, haben ebenfalls über einen geringeren Eingang von Aufträgen zu klagen, doch ist das Abflauen in diesem Jahre nicht größer als in anderen Jahren vor Herbst- und Winterzeit. Günstig ist der Geschäftsgang bei den Werken, die sich mit der Anlage von Kommunalarbeiten, mit Gas- und Wasserwerken beschäftigen. Hier liegen Projekte erheblichen Umfangs vor. Schwierigkeiten macht die Finanzierung, da gegen die Anleihen der Kommunen von der Wirtschaft, aber auch von amtlicher Seite Front gemacht wird. Dabei sei es erwähnt, daß die Anlagen, die die Gesellschaft für die Kommunen gebaut habe, stets produktiv gewesen seien. Sehr erheblich ist die Besserung in der chemischen Industrie. Projekte größeren Umfangs, die aus dem Auslande vorliegen, gewährleisten diesen Abteilungen Beschäftigungsmöglichkeit.

Ratifizierung des deutsch-schweizerischen Zollabkommens. Der Schweizer Bundesrat hat das vorläufige Zollabkommen mit dem Deutschen Reich ratifiziert.

Nochmals: Reichslandbund und Weinbau.

Wir hatten schon vor acht Tagen Gelegenheit, auf die verlogene Propaganda des Reichslandbundes in der Weinbaufrage hinzuweisen. Der Reichslandbund antwortet in der letzten Ausgabe seines Bundesorgans auf unsere Ausführungen. Noch immer wagt es der Reichslandbund nicht, seinen Lesern unsere Auffassung über den deutschen Weinbau im Zusammenhang vorzulegen. Er wagt es nicht, seinen Lesern zu sagen, daß der Rückgang des Weinbaues in erster Linie zurückzuführen ist auf die Konkurrenz anderer alkoholischer Getränke (Bier, Branntwein, Liköre usw.). Er sagt seinen Lesern nicht, daß die Verlegung des Weinbaues in südlichere Gebiete eine internationale Erscheinung ist. Er verschweigt seinen Lesern, wohin die Wägen gekommen sind, die an den jetzt wüsten früheren Weinbergen an der Uhr, am Main, am Rhein, am Neckar, an der Tauber Wein bauten. Kurz, nach wie vor enthält er den Wägern die Wahrheit vor. Im Gegenteil, er behauptet, er habe den wichtigsten Teil unseres ersten Artikels über den Weinbau abgedruckt, während er in Wahrheit nur etwa ein Viertel gebracht hat und während dieses Viertel nichts über diejenigen Dinge enthält, die für die Beurteilung der Lage des deutschen Weinbaues von Wichtigkeit sind.

In unserem ersten Aufsatz hieß es: „... denn der größte Teil des deutschen Weinbaues ist lebensunfähig, und das Problem des deutschen Weinbaues liegt im Grunde darin, wie man ihn am ersten und am besten liquidieren, seinen wertvollen Grundbesitz und nachhaltig heilen kann.“ Aus diesem Satz ergab sich klar, daß wir nicht behaupteten, daß der gesamte deutsche Weinbau lebensunfähig sei, sondern daß es nur ein Teil sei. Wenn das nicht noch einmal ausdrücklich betont war, so deshalb, weil wir nicht mit den tolmudgeschulten Dialektikern des „Reichslandbundes“ als Lesern rechneten, sondern mit Menschen, die die Notlage der deutschen Weinbauern verstehen und ihr abhelfen wollen. Eben dies aber will der Reichslandbund nicht; sondern für ihn ist die Notlage des deutschen Weinbaues nur ein agitatorischer Vorwand, wie seine neuen verlegenen Ausführungen nur zu deutlich zeigen, in denen er es wiederum nicht wagt, unsere Ausführungen wiederzugeben. Beim Zurückgreifen auf unseren ersten Aufsatz läßt er jetzt den Vorfall, in dem davon die Rede ist, daß der größte Teil des deutschen Weinbaues lebensunfähig sei, fort und konstruiert so einen Unterschied mit unserer zweiten Äußerung, nach der es darauf ankomme, denjenigen Teil des deutschen Weinbaues, der nicht in der Lage ist, Qualitätsweine zu produzieren, zu liquidieren. Sächlich haben wir beide Male genau dasselbe gefordert und haben das mit Recht getan. Denn wir haben uns fargemacht, daß die Wägen heute, wie die Dinge nun einmal liegen, aus dem Weinbau

in die Fabrik wandern und auch weiter wandern werden, wenn man ihnen nicht Siedlungsmöglichkeiten eröffnet. Der Reichslandbund enthält aber weiter seinen Lesern auch offenkundige Tadeln vor. Er behauptet jetzt ernsthaft, daß die im deutsch-spanischen Handelsvertrage seinerzeit zugestandenen Zollermäßigungen ein Absinken des Weinpreises in Deutschland bedingt hätten. Er verschweigt seinen Lesern, daß von einem solchen Absinken, soweit sich dies statistisch übersehen läßt, keine Rede sein kann. Er verschweigt, daß bei einem Zollsatz von 80 M. pro Doppelzentner, das sind mehr als 90 M. pro Hektoliter, der Wert des Hektoliters niemals aus nur die Höhe dieses Zollsatzes erreicht hat. Er verschweigt weiter, daß nach Ausweis der amtlichen Statistik der Hektoliter Weinmost bei der Ernte des Jahres 1923 einen Wert von 53,50 M., bei der Ernte des Jahres 1924 einen Wert von 52,45 M., also nur ganz geringfügig weniger Wert hatte, obgleich die Ernte des Jahres 1923 bei den alten Zollätzen, die Ernte des Jahres 1924 bei den Sägen des spanischen Vertrages so bewertet wurde; d. h. also, die Preise spiegeln keineswegs irgendwie die eingetretene Zollermäßigung wider. Zudem liegen diese Preise beinahe genau auf der gleichen Höhe wie der Durchschnittspreis der Jahre 1911 bis 1913.

Wenn schließlich der Reichslandbund behauptet, daß die Sozialdemokratie angesichts der Notlage der Landwirtschaft nicht das Recht habe, einer aufbauenden Siedlungspolitik das Wort zu reden, so weiß der Reichslandbund so gut wie wir, daß die gegenwärtigen Preise für Milchprodukte sowohl wie für Schweine dem dauerlichen Betriebe ein verhältnismäßig besseres Auskommen als anderen Zweigen der Landwirtschaft sichern, und es bedarf wohl keines besonderen Hinweises darauf, daß das „Bauer in Rot“ des Reichslandbundes nicht für diejenigen Kleinbetriebe gelten kann, die auf der Grundlage der tierischen Produktion aufgebaut sind. Zudem übertreibt der Reichslandbund, wie üblich, die Zahl derjenigen Familien, die für die Umsiedlung wirklich in Frage kämen.

Die Zahl der landwirtschaftlichen Weinbaubetriebe in Deutschland beträgt höchstens 180 000, und von diesen ist wiederum für einen Teil der Weinbau nur eine nicht besonders wichtige Nebenkultur. In einem anderen Teil dieser Betriebe dürfte bereits heute industrieller „Nebenerwerb“ der Familienangehörigen zur Grundlage des Familieneinkommens geworden sein. Aber diese sachlichen Erwägungen spielen gar keine Rolle. Der Wägen ist für den Reichslandbund eben kein Gegenstand fürsorgender Politik, sondern nur ein Agitationsobjekt.

Neue Schwierigkeiten für die spanischen Vertragsverhandlungen.

Bekanntlich hat der Reichstag einen Antrag der Wägen, daß die Zölle für spanische Weine nicht unter die Höhe des deutsch-italienischen Vertrages ermäßigt werden dürften, dem handelspoli-

Die kluge
Hausfrau
nimmt nur
das echte

PALMINE

mit dem Na-
menzug:
Palmine
auf jeder
Packung!

